# Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 254. Mittag-Ausgabe. Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 2. Juni 1865.


## Preußen.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

**61. Sitzung des Hauses der Abgeordneten** (1. Juni).

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind gefüllt. Am Ministertisch der Ministerpräsident v. Bismarck, der Kriegsminister v. Roon mit zwei Commissaren; später der Finanzminister.

Präsident Grabow theilt zwei Urlaubsgesuche mit, die bewilligt werden, und eine Einladung eines Vaters von 18 Kindern zur Taufe seines jüngsten auf dem Gesundbrunnen für das Haus der Abgeordneten.

Auf der Tages-Ordnung steht der außerordentliche Mehrbedarf für die Marine. Die Regierung verlangt für die Bauten in Kiel und an der Jahde, für Panzerfregatten und schwere Gußstahlgeschütze ein Anlehen von 10 Millionen Thaler, die im Laufe der nächsten sechs Jahre dem Kriegs- u. Marineminister zu überweisen sind. Die 21. Commission hat diese Forderung einstimmig abgelehnt. Ref. ist der Abg. Virchow. Die Reihenfolge der Redner wird durch das Loos bestimmt: Für die Vorlage Wagener, v. Gablentz, v. Vincke, v. Mitschke-Collande, Graf Wartensleben; gegen die Vorlage Michaelis, Löwe, v. Benda, Harkort, Duncker, v. Bunsen, Jung, Waldeck, Runge, Twesten, Frese, Baerst, und Meibauer.

Der Präsident eröffnet die allgemeine Debatte, nach deren Schluß über den § 1 der Vorlage abgestimmt und somit die Hauptentscheidung getroffen werden soll. Zuerst erhält das Wort der

Abg. Wagener (Neu-Stettin): Nach den Verhandlungen und Abstimmungen der letzten Zeit ist es mir zweifelhaft, ob durch Redenhalten in dieser Frage irgend ein Erfolg erzielt werden kann. Allein ich hege noch einmal die Hoffnung, daß die Conflicte, welche unser inneres Staatsleben durchziehen, in den Hintergrund treten werden, wo es sich darum handelt, das Vaterland dem Auslande gegenüber zu vertreten, in Geltendmachung des preußischen Patriotismus und Nationalgefühls dem Auslande gegenüber als eine compacte Phalanx zu erscheinen. Die technische Seite der Vorlage zu vertreten, werde ich denen überlassen, die es verstanden haben, die preußische Flotte den Dänen von ihrer Lichtseite zu zeigen. — Gegen die finanzielle Seite der Vorlage ist in der Commission nur die Differenz hervorgetreten, daß Sie die Mittel nur in, nicht neben dem Etat als Anleihe, bewilligen wollen. Im Jahre 1862, an das ich Sie zunächst erinnern möchte, haben Sie eine ratenweise Bewilligung für die Marine abgelehnt, weil Sie nur die Gesammtkosten bewilligen wollten, jetzt kommt Ihnen die Regierung auf diesem Wege entgegen, und nun verwerfen Sie, was Sie damals empfahlen. Ebenso schlagen Sie eine Bewilligung im Extraordinarium vor und vergessen, daß durch eine solche der Conflict über die Militärvorlage entstanden ist. In der Armee-Reorganisationsfrage dringen Sie auf ein Gesetz, in der Marine-Angelegenheit legt Ihnen die Regierung ein solches vor, Sie lehnen es ab! Sie sagen, wir können nicht zustimmen, weil es sich um ein Vertrauensvotum für das Ministerium handelt, Sie werden aber den Rücktritt desselben dadurch nicht erreichen, ich hoffe, daß das Ministerium langlebiger sein wird, als Ihre Opposition. Das Ministerium verlangt aber gar kein Vertrauen, es verlangt nichts, als Geld. (Gelächter.)

Es verlangt es nicht für sich, nicht für unbestimmte Zwecke, sondern für Zwecke, die unaufschieblich, unabweislich sind. Deshalb komme ich zu der Conclusion, daß Sie mit der Verweigerung dieser Mittel sehr nahe streifen an die Kategorie der parlamentarischen Staatsstreiche. (Lebhafter Widerspruch im linken Centrum.) Meine Herren! Wenn Sie das Recht haben, uns ungerügt tagtäglich Verfassungsbruch vorzuwerfen, so werde ich wohl sagen dürfen: Sie streifen an die Kategorie parlamentarischer Staatsstreiche. (Links: Ja wohl! Immerhin!) Sie machen sich eines Mißbrauchs des Budgetrechts schuldig, indem Sie durch Verweigerung der Anleihe den Rücktritt des Ministerius verlangen wollen. Damit greifen Sie ferner ein in die Prärogative der Krone, der es allein zusteht, ihre Räthe zu berufen. Gleichzeitig aber gefährden Sie mit Ihren Anträgen die Interessen des preußischen Vaterlandes in den Herzogthümern und setzen die Regierung ernsten Eventualitäten aus. (Hört! hört!) Es läßt sich nicht leicht ein anderer Plan machen, als die Regierung ihn gemacht hat; da man die Fortschritte der Nautik nicht absehen kann, läßt sich kein abgeschlossener und auf viele Jahre ausgedehnter Plan vorlegen; die Regierung sagt nicht einmal, daß die jetzt verlangten Mittel unbedingt auf einmal zu bewilligen sind, sondern sie statuirt die Möglichkeit, durch Zunahme der Einnahmen die nöthigen Kosten zu decken; sie giebt Ihnen das Recht, jede einzelne Rate im Budget zu bewilligen, sie will nur nur nicht die Bewilligung in dem ominösen Extraordinarium. Die Regierung verlangt die Anerkennung des Bedürfnisses der Erweiterung der Marine und die gesetzliche Ermächtigung zur Erreichung dieses Zieles, ihr Ziel ist das richtige, Ihre Aufgabe ist es, das Ziel erreichen zu helfen.

Ich weiß es, daß politische Erwägungen und Interessen den Ausschlag geben (sehr richtig!) und ich hoffe, daß dies auch von allen Rednern offen gesagt werden wird, damit die Regierung und das Land wissen, woran man auch in dieser Frage ist. — Ueber die Befestigungen am Jahdebusen brauchen wir hier nicht zu rechten, sie beruhen auf Verpflichtungen aus kontraktmäßigem Abkommen. — Wobei aber die politische Seite besonders dominirt, das ist bei dem kieler Hafen, und ich will hierbei gleichzeitig unsere Stellung in der schleswig-holsteinischen und deutschen Frage präcisiren. Die Ablehnung der Vorlage wird in dem Commissionsbericht durch die politische Unfähigkeit des Ministeriums in den auswärtigen Angelegenheiten und die mangelhafte, durch nichts befestigte Stellung des preußischen Gouvernements in den Herzogthümern motivirt. Ich behaupte, die auswärtige Politik könnte schwerlich besser geführt werden, als es durch das Ministerium geschieht, selbst wenn der Oberdiplomat Ihrer Partei (zur Linken) an der Spitze des auswärtigen Amtes gestanden hätte oder Ober-Meier gewesen wäre. (Gelächter.) Der von dem Ministerium betretene Weg war der einzige, um einen deutschen Krieg zu vermeiden und das Ausland von der Action auszuschließen, der einzige, das zu erreichen, was wir erreichen wollten, und mehr als das, was Sie erreichen wollten. Eine Lossagung Preußens vom londoner Protokoll, wie Sie es damals verlangten, hätte Preußen den Vorwurf des Wortbruches und gleichzeitig eine völlige Isolirung eingetragen.

Nur das Vorgehen Preußens, und auch das nur in Verbindung mit der dänischen Hartnäckigkeit, war der Weg zur Lösung des londoner Protokolls. Niemand, behaupte ich, ist in diesem Hause berechtigt zu sagen, es habe der Regierung von Hause aus an einem festen Plane gemangelt. Sie kennen die Stellung der Großmächte und selbst Oesterreichs zum londoner Protokoll; ich behaupte, daß das Vorgehen Preußens das einzige Mittel war, England von einem aktiven Vorgehen und damit zugleich Frankreich fernzuhalten. Am meisten bedenklich aber war für England die Allianz zwischen Preußen und Oesterreich, weil sie bedenklich für seine Zwecke ist und weil eine gleichzeitige Demüthigung beider deutschen Großmächte Frankreich ein zu großes Uebergewicht verschafft hätte. Und Frankreich, m. H., stand auf dem Sprunge, nach seiner Art, wie man das ja kennt, für die Zwecke der Civilisation das Schwert zu ziehen, um, wie gewöhnlich mit einem kleinen Andenken, wie aus Italien zurückzukehren. — Was kann nun überraschender sein, als daß diese Allianz mit Oesterreich als der schwerste Einwand gegen die Politik des Ministeriums erhoben wird? Nehmen wir doch einmal den günstigsten Fall an, daß die Lösung zur Bundessache gemacht wäre, hätten Sie dadurch Oesterreich ausgeschlossen? hätten die Contingente der kleinen Staaten mehr geleistet, als die 500,000 Bayonnete der Oesterreicher? Ich behaupte, hätten wir die Sache nach Ihrem Plane angefangen, so ständen wir jetzt den schlimmsten Eventualitäten gegenüber. Nicht im Mitbesitz der Herzogthümer, nicht aus eigenem Rechte ständen wir dort, sondern wir wären verpflichtet, uns durch Bundesbeschluß majorisiren zu lassen. Ich glaube nicht, daß wir Sympathien für unsere Machtstellung in den Mittelstaaten zu erwarten haben und daß dann Oesterreich einen weiteren und stärkeren Einfluß üben würde, als es jetzt thut. Aber Ihr Hauptzweck war, den Herzog von Augustenburg zum Herrn von Schleswig-Holstein zu machen; das können wir aber noch jeden Tag haben. Ihr Vordersatz ist aber auch hier die Rechtsfrage, auch auf diesem Wege ist Ihnen die Regierung entgegengekommen, indem sie ein rechtliches Gutachten extrahirt. (Gelächter.)

M. H.! Ich finde das durchaus nicht lächerlich, die Verfasser sind Staatsmänner von anerkanntem Ruf und Wissen, und ich meine, daß man ihre Unparteilichkeit nicht wird anzweifeln können, ob dabei aber Ihr damaliger Prätendent gut abschneidet, werden wir ja sehen. Die Frage, wer Herzog wird, ist für mich und bei dieser Sache sehr untergeordnet. Die Ansprüche, welche wir ventiliren, muß Preußen von Jedem als Minimum verlangen. Gegen das Aufgeben des kieler Hafens ist Olmütz, welches Sie immer noch im Munde führen, ein Kinderspiel. Wir müssen den kieler Hafen festhalten, und müßten wir darum einen Krieg bis an's Messer führen. Das Aufgeben des kieler Hafens wäre die tiefste Mißachtung des preußischen Namens, eine Demüthigung unseres Ansehens, eine Herabsetzung unserer Machtstellung. Ich behaupte, daß die Stellung Preußens in den Herzogthümern die beste ist, die es haben kann, erobert haben wir die Herzogthümer nicht, aber wir haben sie dem gemeinsamen preußischen und deutschen Vaterlande wiedergewonnen, wir können es aber nicht darum gethan haben, um einen kleinen deutschen Fürsten an der Nordflanke festzusetzen und den Particularismus zu fördern, sondern um uns im Norden eine feste, für Preußen und Deutschland feste Stellung zu schaffen. Diese Stellung können wir nicht entbehren, wenn Preußen nicht jede Rücksicht auf sich und auf Deutschland außer Acht lassen will, wir können aus Kiel nicht heraus, alle Einwendungen dagegen helfen nichts. Wir stehen in Folge eines völkerrechtlich unantastbaren Friedens als Mitbesitzer von Schleswig-Holstein da, wir haben uns mit unserem Mitbesitzer auseinanderzusetzen, wie dies geschehen kann und wird, weiß zur Zeit Niemand. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Vielleicht will irgend Jemand von Ihnen die Lösung sogleich übernehmen, ich würde Ihnen dankbar sein, und ich glaube, der Herr Minister des Auswärtigen wäre es auch.

Sie erkennen ja selbst den Besitz des kieler Hafens als nothwendig an, Sie wollen aber die Mittel nicht bewilligen, die zu seiner Erhaltung nöthig sind, Sie sind darüber einverstanden, daß die Versagung der Mittel den preußischen Namen verletzen würde, aber Sie versagen doch, weil Sie diesem Ministerium überhaupt nichts bewilligen; damit stellen Sie das Ministerium vor kritische Fragen. Sie können in der Marinefrage Ihre Stellung vor dem Lande und vor Ihren Wählern nicht halten. Die kleine Schnur von Resolutionen, die durch den Bericht geht, ist charakteristisch für das Maß politischer Leibschmerzen, welche Sie dabei gehabt haben. (Gelächter) Es handelt sich um Bedürfnisse, die die Regierung nicht unbefriedigt lassen darf, wenn sie ihre Pflicht nicht gröblich verletzen will, und Sie zwingen sie noch einmal zu der Erklärung, daß sie das Geld, das Sie verweigern, nehmen muß, wo sie es findet. (Hört! Hört!) Ich habe die Hoffnung, daß Sie die Regierung nicht zum zweitenmale in diese Lage bringen werden, ich hoffe, daß Ihre Liebe zu Preußen größer sein wird, als Ihr Haß gegen das Ministerium. (Beifall von den Conservativen. Zischen links.)

Eine vom Abg. Wagener als eventueller Antrag eingebrachte Resolution lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle folgende Erklärung beschließen: das Haus erkennt die Erwerbung des kieler Hafens als eine berechtigte Forderung der preußischen Politik an und erklärt seine Bereitwilligkeit, die zur Befestigung dieses und des Hafens an der Jahde erforderlichen, sowie die von der Regierung für die Marine, nach Maßgabe des vorgelegten Marine-Erweiterungs-Plans, in Anspruch genommenen Mittel, wie sie successive zur Verwendung kommen sollen, durch jährliche Raten, und zwar die erste Rate auch schon für 1865, zu bewilligen."

Von dem Abg. v. Carlowitz ist folgende Resolution eingebracht: I. Das Haus der Abgeordneten befindet sich nicht in der Lage, dem gegenwärtigen Ministerium, welches das verfassungsmäßige Budgetrecht thatsächlich mißachtet, Anleihen zu bewilligen. II. Indem es die Nothwendigkeit einer, der Machtstellung und den Interessen Preußens entsprechenden Erweiterung der Kriegs-Marine anerkennt, kann es dennoch die zu dem Zweck erforderlichen Ausgaben nur durch das Etatsgesetz — Art. 99 der Verfassung — bewilligen. III. Das Haus erkennt die Erwerbung die Erwerbung des kieler Hafens durch Preußen, sowie die Betheiligung der Elbherzogthümer an den Kosten und der Bemannung der preußischen Flotte als berechtigte Forderungen der preußischen Politik an, und erwartet, sobald jene Erwerbung durch schleunigst herbeizuführende Verständigung mit den Herzogthümern festgestellt ist, die weiteren Vorlagen.

Abg. Michaelis: Meine Herren! Der Herr Vorredner hat die Vorlage uns gewissermaßen in verschiedenen Bezügen vorgeführt, ich aber sehe in ihr nur das Eine, daß die Regierung von uns eine Anleihe verlangt, und zwar für Zwecke, denen dieses Haus oft seine Sympathien ausgedrückt hat, eine Anleihe eben in einem Augenblick, wo unser Budgetrecht noch nicht wieder anerkannt und in Kraft gesetzt ist. Glaubt denn die Regierung, unser Budgetrecht stehe so isolirt von allen übrigen Einrichtungen des Staates da, daß sie aber nur das Eine wegräumen könnte und in den übrigen ginge der Staat vor, wie sonst? Hat sie nicht bedacht, daß das Recht, die Ausgaben jährlich zu bewilligen, in einem Zusammenhang steht mit dem Rechte, den Credit des Staates zu belasten? In dem Rechte, die Ausgaben jährlich zu bewilligen, haben wir das Recht der Controle der Finanz-Verwaltung, und das Mittel, die Finanzverwaltung in den Bahnen zu halten, welche den Gläubigern des Staats ihre Forderungsrechte gegen den Staat sichern. So lange wir dieses Recht und diese Macht nicht ausüben, ist das Haus nicht competent, irgend Jemanden aufzufordern, durch seine Zustimmung zu einer Anleihe dem preußischen Staate Credit zu geben, so wenig wie das Haus competent ist, irgend Jemanden aufzufordern, dem österreichischen oder russischen Staate Credit zu geben. Denn es hat ebensowenig Einfluß auf die Finanzverwaltung dieses Staats, als auf die fremden Staaten. (Sehr richtig!) Außerdem liegt hier eine Anleihe vor von einem sehr geringen Betrage, der über eine Reihe von Jahren vertheilt werden soll und auf die Frage der Budget-Commission, das sei ja eine Budgetbewilligung auf mehrere Jahre, antwortet die Regierung nur: die jährlichen Raten sollen aber auch jährlich auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden; diese Garantie sollt Ihr haben.

Was die Regier. sich dabei denkt, wenn sie uns das als Garantie bieten will, begreife ich in der That nicht. Wenn wir Anleihen bewilligen, so gehört das Geld zu den Mitteln, welche die Reg. nimmt, wo sie sie findet, und wenn wir festhalten an unserem Kampfe und Verfassungsrechte, einem Kampfe, der nicht blos für Preußen, sondern für ganz Deutschland von entscheidender Wichtigkeit ist (sehr wahr!), so können wir der Regierung die Anleihe nicht bewilligen. Der Herr Minister des Aeußern hatte uns in der Commission aufgefordert, zu Gunsten des kieler Hafens, der so lange ein Desiderium dieses Landes und Hauses sei, die Anleihe zu bewilligen, aber der Herr Minister hätte sich vor einigen Jahren überlegen sollen, daß es schwer ist, mit einem Staate zu operiren, dem man dadurch, daß man die Landesvertretung ihrer verfassungsmäßigen Rechte entkleidet, das Herz aus dem Leibe gerissen hat (sehr gut!). Das hätte er sich vorher überlegen sollen, daß für eine künftige Politik nach außen eine Sicherung der verfassungsmäßigen Rechte im Innern die unerläßliche Vorbedingung ist (sehr richtig!). Er möge nicht glauben, daß unser Votum unserem patriotischen Herzen leicht werden wird, aber der Staat, dem das verfassungsmäßige Recht genommen, ist in seiner Wirkungsfähigkeit herabgedrückt, und die Lage, in welcher der Herr Minister gegenwärtig in den Herzogthümern sich befindet mit einem Mitbesitzer auf der einen Seite und ohne Sympathie der Bevölkerung auf der anderen Seite, diese Lage ist der Ausdruck der Rückwirkung der Verletzung des verfassungsmäßigen Rechtes auf die auswärtige Situation. (Sehr gut!)

M. H.! Ich bin ernstlich bemüht gewesen, die Wege zu finden, auf denen der bestehende Conflict einer verfassungsmäßigen Lösung entgegengeführt werden könne; alle unsre Bemühungen sind an dem nolumus, oder non possumus der Regierung gescheitert. Wenn der Herr Vorredner gemeint hat, daß wir die Anleihe bewilligen müßten, weil die Erwerbung des kieler Hafens eine Forderung sei, von der abzugehen, einem zweiten Olmütz gleichstehe, dann sage ich, es giebt noch mehr solcher Forderungen an die Herzogthümer, von denen abzugehen ein zweites Olmütz sein; würde aber, m. H., wo haben wir die Garantie, daß die Bewilligung der Anleihe die Regierung in den Forderungen festhalten wird, die wir durch das preuß. Interesse geboten erachten. (Zustimmung.) Als die Anleihe eingebracht wurde, glaubten wir aus den Aeußerungen des Herrn Marineministers entnehmen zu müssen, daß er uns ein Festhalten an dem Besitz von Kiel in Aussicht stelle und durch Anlage der Befestigungen dort ein fait accompli schaffen werde. Einige Tage darauf hören wir, daß die Regierung erst über diese Frage mit ihrem Mitbesitzer sich einigen müsse und heut hören wir, daß man gern unsre Rathschläge hören möchte, wie man sich mit diesem Mitbesitzer auseinandersetzen solle. (Herr v. Bismarck sieht sich nach dem Redner um. — Heiterkeit!) Ja, m. H., die Landesvertretung kann, wenn sie sich in Uebereinstimmung mit der Staatsregierung weiß, mit dieser zusammen ein fait accompli schaffen wollen, aber dann muß sie auch sicher sein, daß die Regierung festhält, und daß diese Sicherheit nicht vorlag, haben wir bereits erfahren.

M. H.! Es ist in Betreff des kieler Hafens von Verträgen und Verständigung mit den Herzogthümern die Rede gewesen, und der Commissionsbericht sagt: Zu einem rechtlichen Abschluß könne man nicht gelangen, bevor man nicht die Constituirung der Herzogthümer habe vor sich gehen lassen, und um Verträge zu schließen, bedürfe es legitimer Contrahenten. Gegen diese Auffassung wollte ich mich verwahren. Der Staat Schleswig-Holstein ist noch nicht da, er soll aber constituirt werden, nachdem preußische Waffen und preußisches Blut von den Dänen ihn befreit haben, und wenn er nun wirklich constituirt sein wird, dann wird es wieder unsere Aufgabe sein, seine Unabhängigkeit mit unserer Macht und unseren Mitteln aufrecht zu erhalten. Weder Schleswig-Holstein, noch der Bund ist im Stande, diese Unabhängigkeit zu garantiren, das kann allein Preußen, das muß Preußen, weil in diesem Staate der wunde Punkt seiner geographischen Lage liegt, weil dort die Landungsplätze befindlich, von denen man, ohne befestigten Widerstand zu finden, bis in das Herz unseres Staates dringen kann. Der preußische Staat hat ein Wort mitzusprechen bei der Constituirung Schleswig-Holsteins, und er sollte mit der Geltendmachung seiner berechtigten Forderungen nicht warten, bis die Constituirung vollzogen, damit gegen diese Forderungen dann ebenso verfahren werde, als man es von anderen deutschen Bundesstaaten gegen uns gewohnt ist. Allerdings stehen sich die materiellen und politischen Interessen hier und dort gegenüber.

Daß wir den Schutz leisten müssen, weiß ganz Deutschland; wenn aber dem so ist, dann verlange ich, daß gleichem Schutz gleiche Leistung für den Schutz entspreche und daß bei der Constituirung der Herzogthümer in unlöslichen Bedingungen ein Verhältniß zu Preußen geschaffen werde, welches die Mitwirkung der Herzogthümer zu diesem gemeinsamen Schutz in militärischer und maritimer Hinsicht sichert und feststellt. Das ist nicht ein Vertrag mit einem fertigen Staate, das ist eine Modalität der Constituirung dieses Staates. (Hört!) Wenn Preußen von diesen Bedingungen abginge, so würde es nur eine Unterstützung der partikularistischen Bestrebungen gegen Preußen schaffen, welche gerade verlangen, daß man die Herzogthümer constituire, damit Preußen — das Nachsehen habe. — Was die Resolution des Abg. Wagener anbetrifft, so liefert sie blos den Gegnern Preußens Waffen in die Hände. Der Resolution des Abg. v. Carlowitz gegenüber, glaube ich, daß, wie die Sachen gegenwärtig liegen, die kieler Hafenfrage ganz auf gleichem Boden steht mit der Frage des sogenannten maritimen und militärischen Anschlusses, und deshalb eben so behandelt werden muß. — M. H.! Ich habe von dem Standunkt der preußischen Staats-Interessen aus gesprochen, und erwarte, daß man mir entgegenhält, ich sei ein preußischer Partikularist. Ja, m. H., ich bin der Ansicht, daß der preußische Staat ein historisches Product deutscher Staatsschöpfungskraft ist, daß er hervorgewachsen aus dem heiligen römischen Reiche, um nach dem staatlichen Ruin des dreißigjährigen Krieges auf neuer Basis Deutschland neu wieder aufzubauen. Ich glaube, daß, wenn Preußen vermöge eines gesunden Staatsegoismus seine Staats-Interessen verfolgt, dann muß es, dann kann es nicht anders sein, dann verfolgt es die Interessen Deutschlands, und wir, die wir berufen sind, die Staatsinteressen Preußens zu vertreten, haben die Aufgabe, gerade in den Interessen Preußens die davon untrennbaren Interessen Deutschlands zu fördern. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. v. Gablenz (für die Regierungs-Vorlage, im Zusammenhange nicht zu verstehen, das Haus leert sich; auch die Minister v. Bismarck und v. Roon verlassen während der Rede den Saal). Er scheint Folgendes auszuführen: Preußen müsse sich in seinen berechtigten Forderungen mit Deutschland und Oesterreich auseinander zu setzen suchen. Das ginge am besten durch eine Reform der Bundeskriegs-Verfassung, welche die südlichen Contingente an Oesterreich, die nördlichen an Preußen anschlösse. Preußen könne auf die Annexion verzichten, wenn die Bundeskriegs-Verfassung seinen Bedürfnissen entsprechend reformirt würde. Geschehe dies nicht, so solle es sich ganz auf eigene Füße stellen und aus den Herzogthümern nicht herausgehen. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Löwe (Bochum). (Gegen die Reg.-Vorlage. Das Haus füllt sich wieder.) M. H.! Ich bin es gewohnt, zu suchen, ob für alle Parteien bei einer Frage, wie die vorliegende in gewissen Punkten ein gemeinsamer Boden vorhanden sei, und ich freue mich, konstatiren zu können, daß die Partei, von der man dies sonst nicht gewohnt ist, Sympathien für den bundesstaatlichen Standpunkt und für die Marine, die doch mehr ein demokratisches Institut sein wird, zu erkennen gegeben hat. M. H.! Im Jahre 1848 war man der Ueberzeugung, daß Deutschland unter eine Verfassung geeinigt und daß die Macht Deutschlands mehr in eine Hand gelegt werden müsse, und daß Alles, was geschaffen werde, nothwendig nur auf dem Boden des Bundesstaats gedeihen könne. Als man diese Gedanken fallen ließ, kommt auch die einzige wirkliche Schöpfung, die deutsche Marine in den Hintergrund. Ich will übrigens diese Fragen nicht historisch beleuchten, sondern durch sie praktisch an die Gegenwart anknüpfen (zur Rechten.). Sie sagen, die Marine sei populär und nothwendig. Das erste gestehe ich zu, das zweite aber wenigstens nicht unbedingt, denn absolut nothwendig ist nichts als die eigene Existenz. Der Krieg bis an's Messer, auf den Sie hinweisen, beginnt erst bei der Existenzfrage, nicht wenn es sich um Projecte der Erweiterung und Vergrößerung handelt, nicht um den kieler Hafen.

So eifrig ich die Projecte vertrete, die Entwicklung der preußischen Macht auf dem bundesstaatlichen Standpunkte zu verfolgen, eben so sehr verdamme ich die Waffen, die eine gewisse Politik zur Förderung dieser Machtstellung in Anwendung bringen möchte. M. H! Mein Freund Michaelis hat schon auseinandergesetzt, weshalb wir die Anleihe nicht bewilligen können; ich will dem nur noch hinzufügen, daß ich nicht erst bis zu dem Gewissensconflict, den er aus der Versagung unserer verfassungsmäßigen Rechte herleitete, zu kommen brauchte, um mich zu entscheiden. Ich sagte mir schon früher, wie die Dinge zur Zeit in Preußen liegen, können wir unmöglich die Anleihe bewilligen, und am wenigsten für einen Plan, der 10 Millionen als Handgeld fordert und zuletzt auf 50 Millionen zu stehen kommen wird. Wir haben wieder einen Plan, lediglich mit preußischen Mitteln deutsche Zwecke zu verfolgen, alle Kräfte darauf zu verwenden, um eine Marine zu schaffen, die weit über das Nothwendige hinausgeht. Wenn man von uns verlangt, in fremden Meeren Flotten zu halten, um den deutschen Handel zu schützen, dann muß uns auch die Garantie gegeben werden, daß Deutschland zu diesen Flotten beiträgt.

M. H.! Die deutsche Handelsflotte ist nicht nur eine große, sondern auch eine geachtete, entstanden ist sie aber, indem die Regierungen ihr den Wunsch erfüllten, den Diogenes an Alexander richtete: Tritt mir aus der Sonne! Sie haben an dieser Schöpfung nichts gethan, aber auch nichts gehindert. Das ist Alles. Unsere Handelsmarine hat sich aber in einer eigenthümlichen Richtung entwickelt, sie hat nicht den Fuß auf eigenem Boden, um aus ihm Kräfte zu holen; sie vermittelt den internationalen Verkehr. Wie weit diese Marine wachsen wird, weiß ich nicht, aber das wiederhole ich, daß die deutschen Schiffe hochgeachtet und gesucht sind. — Nun, m. H., erinnere ich daran, wie wir in den Militärconflict gekommen sind; dadurch, daß wir mit der wachsenden Macht der Nachbarn gleichen Schritt halten sollten. Der Herr Kriegsminister hat uns gesagt, daß die preußische Ehre es erfordere, diese Opfer zu bringen; ich kann mich in meinem bürgerlichen Herzen dabei nicht beruhigen; ich sage, daß Preußen sich nicht in Sicherheit unter übermächtigen Nachbarn befindet, wenn es nicht ganz Deutschland in seine Vertheidigungslinie hineinziehen kann. Es handelt sich nicht um die paar Regimenter, die wir mehr haben, sondern um eine deutsche Armee und einen deutschen obersten Kriegsherrn und darum, die anderen obersten Kriegsherren los zu werden. So nun sollen wir, nachdem die preußische Kraft auf das höchste angespannt und unsere Finanzen für die Landarmee aufs höchste belastet sind, auch noch eine Marine schaffen, für welche sich die Ausgaben auf 50 Millionen belaufen werden.

Ich gestehe Ihnen offen, daß ich die Marine liebe und in mein Herz eingeschlossen habe. Niemand wünscht mehr als ich, daß wir die Mittel bewilligen könnten, und wenn ich sie dennoch nicht bewillige, so geht der Grund davon nicht an das Ministerium heran, sondern ich frage mich, ob mit diesem uns vorgelegten Anfang nicht weit über das Maß unserer Kraft hinaus gegangen werden kann? Täuschen Sie sich nicht, m. H., der Rahmen, der uns in dieser Vorlage vorgelegt ist, den auszufüllen sind wir nicht im Stande, selbst unter Zuhilfenahme der uns durch Schleswig-Holstein gebotenen Mittel, ohne unsere Kraft übermäßig anzustrengen. Die Flotte geht weit hinaus über unser Vertheidigungssystem. Ich hatte die Absicht, mich von der Politik so fern als möglich zu halten. Obgleich auch der erste Redner diese Absicht ausgesprochen hatte, so wird er selbst wohl zugeben, daß es

ihm nicht gelungen ist, diesen Standpunkt festzuhalten, und wenn auch ich mich gezwungen sehe, die Politik zu berühren, so will ich mich nur auf die Frage beschränken, welche Anstrengungen erfahrungsmäßig unser Ministerium auf anderen Gebieten gemacht hat, um die bundesstaatlichen Verhältnisse — die ich durch und für nothwendig für die Marine, ohne welche ich keine preußische Marine will, weil sie den Staat erdrücken würde — welche Schritte das Ministerium im Laufe seiner Existenz gethan hat, um ein solches bundesstaatliches Verhältniß ins Leben zu rufen? In das unbedingte Lob der Handelspolitik des Ministeriums kann ich nicht einstimmen; es hat eine große Erbschaft des vorigen Ministeriums übernommen, und wenn ich auch nur ein Mitglied dieses Ministeriums hier anwesend sehe, so kann ich doch nicht umhin, dieses Lob hier auszusprechen. Das vorige Ministerium hat, getragen von der nationalen Bewegung und Unterstützung, eine Reorganisation des Zollvereins angebahnt, die nicht nur Preußen eine bessere Stellung im Zollverein gegeben, sondern auch unser Consular- und Marinewesen gehoben hat.

Nachdem der Redner noch einmal auf die russische Convention und auf das Verhalten des Ministerpräsidenten gegenüber dem londoner Protokoll, zurückgekommen, schließt er mit den Worten: Ich resumire meine Ausführung dahin, ich kann die Mittel nicht bewilligen, weil der Marine-Plan eine Ausdehnung gewinnt, die über Preußens Mittel hinausgeht, ich könnte die Mittel nur bewilligen, wenn ich den Anfang sähe zu den bundesstaatlichen Verhältnissen, die uns die Möglichkeit gewähren, eine deutsche Marine zu bekommen, und ich könnte die Mittel nur bewilligen für vorhandene Thatsachen, nicht für Hoffnungen und Pläne, welche dieses Ministerium vorlegt, weil ich diese Hoffnungen und Pläne nicht übersehen kann, und weil ich Grund zu dem Mißtrauen habe, daß es auf dem bundesstaatlichen Wege ausharren werde. Ich kann die Vorlage nicht unterstützen, solange das Ministerium unser Budgetrecht nicht anerkennt, solange ich nicht offen und klar die Politik des Ministeriums übersehen kann (Bravo!).

Abg. v. Vincke (auf der Journalisten-Tribüne gänzlich unverständlich) erklärt sich für die Genehmigung der Vorlage, hält aber den Weg einer Anleihe nicht für thunlich.

Ministerpräsident v. Bismarck: Nach dem Gesammteindrucke der Rede des Vorredners und der vorher gehaltenen eines seiner politischen Freunde kann ich nicht leugnen, daß ich bedauere, daß bei so vielen vorhandenen Punkten des Einverständnisses doch eine Verständigung zwischen uns über die auswärtige Politik stets mißlingt. Ich bin fast dazu gedrängt, einen ziemlich äußerlichen und frivolen Grund dafür anzunehmen: es ist das die unbefriedigte Neugier. Könnten wir uns hier immer recht vollständig klar und deutlich vor Ihnen über Alles aussprechen, was wir thun — ich glaube, Sie würden weniger geneigt sein, uns entgegenzutreten. Ließen sich z. B. die Gründe der russischen Convention, die Motive zu ihrem Abschluß vollständig klar Ihnen vorlegen — ich glaube, die meisten unter Ihnen würden sie billigen. Ich will hier nur erwähnen, daß uns die Convention mit Rußland nicht geschadet hat in der dänischen Frage, daß im Gegentheil in den vergangenen wie in den zukünftigen Phasen dieser Frage das Verhältniß Rußlands zu uns kaum ein so freundschaftliches sein würde.

Hätten wir ebenso vor anderthalb Jahren in der Lage sein können, hier ganz offen mitzutheilen, welche Ziele wir haben —, ich glaube, Sie würden so viel nicht dagegen eingewendet haben. Es giebt Protokolle, m. H., so amtlich wie die Protokolle dieser Sitzungen, aus denen in Zukunft beweisbar sein wird, daß wir seit dem September 1863 unsere Ziele nicht gewechselt haben. Auch jetzt, m. H., dürften wir Ihnen die Wahrscheinlichkeit, die wir haben, unsere Politik in den Herzogthümern durchzuführen, die Wege, auf denen wir dies zu erreichen gedenken, mit der Klarheit auseinandersetzen, mit der ich es in diesem Augenblick Niemand Anders als Sr. Maj. dem Könige zu entwickeln im Stande bin, — ich glaube, Sie würden die Heftigkeit Ihrer Opposition nachlassen. Aber wenn Sie in die Technik der diplomatischen Geschäfte eingeweihter wären, Sie würden uns nicht in der Weise drängen, auch nicht dadurch, daß Sie Aeußerungen aussprechen, welche das Ministerium des Auswärtigen in die Verlegenheit setzen, entweder durch Stillschweigen sie gewissermaßen zu sanctioniren, oder durch Widerlegung eine Meinung zu äußern, die aus politischen Gründen besser verschwiegen bliebe. Sie werfen der Regierung vor, m. H., sie rede zu viel, spreche zu viel, ziele zu lange, handle zu wenig und schieße zu spät. Ich bin durch diesen Vorwurf in der That überrascht worden; ich glaubte, man würde mir vorwerfen, wir redeten zu wenig über das, was wir thun wollten. Ich glaube auch, die Kränkung des Vorredners liegt seinem ganzen Gefühl nach darin, daß er in diesem Augenblick nicht überzeugt werden kann, wohin unsere Politik geht, und welche Mittel sie anwendet. — Es hat wohl keine Frage so übereinstimmend in Deutschland interessirt, wie die Flotten-Frage. Vereine, Landtage, die Presse haben ihren Sympathien Ausdruck gegeben in Stiftung von bedeutenden Beiträgen, und den conservativen Regierungen wurden Vorwürfe gemacht über ihre Langsamkeit und Kargheit in dieser Sache.

Wir glaubten deshalb Ihnen eine rechte Freude zu machen mit dieser Vorlage (Heiterkeit); die Freude aber, so muß ich aus den Aeußerungen des Vorredners entnehmen, ist einigermaßen abgestumpft. Er ist der Meinung, daß Preußen zu schwach sei, um diese Last zu tragen, daß sie nur getragen werden könne, wenn man die andern deutschen Staaten in Mitleidenschaft zieht, und so lange, bis uns das nicht gelungen, scheint er sogar den preußischen Staat in seiner bisherigen Schutzlosigkeit belassen zu wollen. Wenn die Regierung das wollte, m. H., so wäre es gewiß leichter für sie, als nach der Herstellung einer preußischen Flotte zu streben. Sehr schwierig ist es aber, ein freiwilliges Abkommen mit Jemand zu treffen, dem dadurch eine Leistung auferlegt werden soll, wenn man diesen Jemand nicht zwingen soll, ihm keine Gewalt anthun darf, — das wird ja von dem Vorredner auf das Schärfste verdammt. Wir sollen nur gutmüthige Ueberredung anwenden, damit die Leute zahlen und mehr leisten als bisher. Ja, m. H., in Deutschland steht die Sache so: man läßt sich gern schützen, aber man zahlt nicht gern und am wenigsten giebt man das leiseste Hoheitsrecht auf zum Besten dieses Schutzes. Der Vorredner stellt uns da eine Zumuthung, die selbst dem geschicktesten Ministerium, wie es ihm nach seinem Ideal vorschwebt und wie er es ohne Zweifel selbst leiten würde (Heiterkeit), zu verwirklichen unmöglich wäre, ohne Gewalt anzuwenden.

Ich hatte nicht geglaubt, daß der maritime Ehrgeiz der liberalen Partei in dem Maße heruntergedrückt wäre, wie es nach den Worten des Vorredners den Anschein hat. Ich sah deshalb mit einiger Spannung dem Bericht der Commission entgegen; ich glaubte, wir würden Ihnen nicht genug gefordert haben (Bewegung), Sie würden das Bedürfniß haben noch bestimmter und schneller diese maritimen Unternehmungen zu fördern. Ich war nicht darauf gefaßt, darin eine indirecte Apologie Hannibal Fischers zu finden, der die deutsche Flotte unter den Hammer gebracht hat. (Heiterkeit.) Die deutsche Flotte scheiterte daran, daß in Deutschland in den höheren regierenden Kreisen wie in den niederen die Parteileidenschaft mächtiger war, als der Gemeinsinn. Ich hoffe, daß unserer Flotte nicht dasselbe beschieden sein wird. Ich war ferner darüber überrascht, daß dem Gebiete der Technik in dem Bericht ein so großer Raum angewiesen ist. Ich zweifle nicht, daß es viele unter Ihnen giebt, die vom Seewesen mehr verstehen als ich und mehr zur See gewesen sind als ich; die Mehrzahl unter Ihnen aber ist es nicht, und ich würde mich nicht getrauen, über technische Fragen der Marine ein Urtheil zu fällen, welches zu einer Abstimmung führen soll und mir Motive zur Verwerfung auch nur einer Maßregel geben könnte. Ich würde von Hause aus eine Verkennung meines Standpunktes darin erkennen, und ich kann mich daher mit der Widerlegung dieses Theiles des Berichtes nicht beschäftigen.

Näher liegen mir die Zweifel, (zur Linken gewendet: M. H.! Sie können nach mir das Wort haben, wenn Sie sprechen wollen. Ich höre zum Unglück sehr scharf, so daß Sie mich fort und fort unterbrechen), ob es uns gelingen wird, Kiel zu erwerben. M. H.! Wir besitzen in den Herzogthümern mehr, viel mehr als Kiel. Wir besitzen die volle Souveränität in den Herzogthümern in Gemeinsamkeit mit Oesterreich. Ich wüßte nicht, wer uns aus dem Besitze dieses Pfandes verdrängen wollte — auf anderem Wege als durch einen für Preußen ungünstigen Krieg. Der Besitz ist ein gemeinsamer mit Oesterreich, es ist wahr: nichtsdestoweniger ist er ein Besitz, für dessen Aufgeben wir berechtigt sind, Bedingungen zu stellen. Eine dieser Bedingungen und zwar die unerläßlichste, unter welcher wir diesen Besitz nicht aufgeben wollen, ist das künftige alleinige Eigenthumsrecht des kieler Hafens. Etwas anderes hat, so viel ich weiß, der Kriegsminister auch bei der Einbringung der Vorlage nicht gesagt. Er hat einen Standpunkt ausgesprochen, auf dem die königl. Regierung noch heute steht. Ich muß deshalb die starken Angriffe, die der Vorredner mehr mit Hilfe der Beredtsamkeit als der Logik gegen die Regierung gerichtet hat, für unberechtigt erklären.

Die Ehre Preußens ist durch die Erklärung Preußens nicht weiter engagirt, als sie vollständig von uns gedeckt werden wird. Unsere Bedingungen sind so mäßige, daß wir wohl die Hoffnung haben dürfen, sie auf friedlichem Wege zu verwirklichen. Sie sind bekannt: wir fordern nichts, als die Möglichkeit, Deutschland zur See wehrhaft zu machen, und gegen die Wahrscheinlichkeit, Düppel in nicht zu langer Zeit noch einmal belagern und stürmen zu müssen, diejenige Garantie zu finden, die die Hilfsquellen der Herzogthümer uns geben können. So lange es nicht einem der Prätendenten gelingt, nach unserer Ueberzeugung ein besseres Recht, als das auf uns übergegangene Christians IX., nachzuweisen, sehe ich nicht ein, wie uns die schließliche Erreichung der Bedingungen, die wir hingestellt, entgehen sollte, sobald wir das Ende ruhig abzuwarten im Stande sind und sich nicht Jemand findet, der es unternimmt, Düppel zu belagern, wenn die Preußen darin sind. (Bewegung.) Sie sagen, wir sollen uns mit den Herzogthümern über die Erfüllung dieser Bedingungen verständigen. Schon der Vorredner hat gesagt, daß es nicht klar zu übersehen sei, wer die Herzogthümer sind. Herzog von Schleswig-Holstein-Lauenburg sind gegenwärtig Se. Majestät der König und Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich. Was die Berufung der Stände betrifft, so ist diese beabsichtigt, und wir haben es nicht nöthig, sie zu vergewaltigen, aber auch nicht uns von ihnen vergewaltigen zu lassen. Kommen wir mit ihnen zur Verständigung, so wird das gewiß ein erfreuliches Resultat sein; gelingt es aber nicht, so wird kein Beschluß, keine Proclamation stark genug sein, um Preußen aus den Herzogthümern hinauszumaßregeln. (Bravo rechts.)

Zweifeln Sie dennoch an der Möglichkeit der Ausführung dieser Absichten, so habe ich Ihnen schon in der Commission ein Auskunftsmittel vorgeschlagen: limitiren Sie die Bewilligung der Anleihe dahin, daß Sie nur dann zahlbar sei, wenn wir Kiel wirklich besitzen; sagen Sie: kein Kiel — kein Geld! Ich glaube, daß die andern Minister, welche die Ehre haben, im Rathe Sr. Maj. zu sein, auf diese Bedingung eingehen werden. Sie zweifeln (der Hr. Minister sucht in dem Bericht die bezügliche Stelle auf) an unserer Fähigkeit und unserem Beruf die Staatsgeschäfte zu leiten. M. H.! Ich bin nicht unbescheiden genug, daß mir dergleichen Zweifel nicht mitunter selbst kommen sollten. Ich bin auch ganz überzeugt, daß jeder der Herren, die diese Phrase unterschrieben haben, es an meiner Stelle besser gemacht hätten (Heiterkeit), aber den Beweis haben Sie mir dafür noch nicht geliefert. Die angeführten Fälle passen nicht: Sie schreiben es z. B. der mächtigen Einwirkung dieses Hauses, der liberalen Strömung im Lande zu, daß der Zollverein rechtzeitig wiederhergestellt sei. Ich erinnere nur daran, daß der erste Staat, der eine Bresche in der Reihe der Gegner legte, Kurhessen war. Nun glaube ich gewiß, daß Ihre Aussprüche und Meinungen auf manche deutsche Regierung Einfluß üben, auf die kurhessische, glaube ich, nicht. (Große Heiterkeit.)

Wir hätten die Krisis des Zollvereins besser ausbeuten sollen; ich glaubte das bei der vorletzten Erneuerung des Vereins, als ich noch neu in Geschäften war, auch; später überzeut man sich, wenn man längere Zeit in den Geschäften ist, daß das Bedürfniß der Reconstruction auf alle Fälle hin nicht stark genug bleibt, um Souveränetäts-Verminderungen den Fürsten möglich zu machen. Noch mehr überrascht es mich, daß der Erfolg in den Herzogthümern wesentlich durch Ihre Zustimmung errungen sein soll. Mir ist von einer Zustimmung zu irgend etwas, was die Regierung damals gethan hat, nichts erinnerlich. Haben Sie mit der Verweigerung der damaligen Anleihe Düppel und Alsen erobert, dann habe ich auch die Hoffnung, daß aus der Verweigerung dieser Anleihe eine preußische Flotte hervorgehen wird. (Beifall rechts.) Wir hätten mit Ihrem Beistand vielleicht mehr erreicht, jedenfalls ist das, was Ihr Ideal war, jetzt das Minimum, was für die preußische Regierung erreicht ist. Wir können, was Sie vor 1½ Jahren erstrebten, in jeder Viertelstunde in's Werk setzen, einen unabhängigen schleswig-holsteinischen Staat, sogar mit nicht unerheblichen Vortheilen für Preußen.

Es würde so aussehen, als solle die Anleihe als ein Haken für das Budgetrecht gebraucht werden. Es würde nicht nur so aussehen, es sieht wirklich so aus. Was verstehen Sie unter Ihrem Budgetrecht? Ich will Ihnen meine Auffassung davon entwickeln. (Allgemeine Sensation.) Sie verlangen eine Aenderung mehrerer Artikel der Verfassung. (Unruhe.) In Artikel 62 müßte das Budgetgesetz ausdrücklich ausgenommen werden in Bezug auf die nothwendige Uebereinstimmung der 3 Faktoren. Es müßte gesagt werden: die Entscheidung über das Budget steht allein bei dem Hause der Abgeordneten, die andern beiden Faktoren müssen sich ihr fügen. Art. 45 müßte lauten: die vollziehende Gewalt steht dem Könige zu, er hat sie aber nicht im Widerspruch mit den Wünschen und Ansichten des Hauses auszuführen. Auch darf er nur solche Minister sich wählen, die das Vertrauen des Hauses der Abgeordneten haben. Auch damit würden Sie nicht auskommen. Um Ihnen zu genügen, müßte Art. 86 enthalten: die Richter unterliegen der Censur und Kritik des Hauses der Abgeordneten. — Mit der Verfassung, wie Sie jetzt besteht, können Sie Ihre Ziele nicht erreichen. Sie suchen diese Veränderungen dadurch zu erstreben, daß Sie nützlichen Vorlagen, wie in der Bankfrage, die Zustimmung versagen, daß Sie versuchen, die Staatsmaschine, soviel an Ihnen liegt, zum Stillstand zu bringen, ja in der auswärtigen Politik das Gemeinwesen schädigen durch Verweigerung Ihrer Mitwirkung, um eine Pression auf die Krone auszuüben, daß sie ihre Minister entlassen und Ihre Auffassung vom Budgetrecht annehme.

Wie Sie sich mit Ihren Wählern dabei abfinden, ist Ihre Sache und keine schwere. Wenn man verspricht, kann man gewählt werden. Die Leute hören gern, wenn ihnen ein gebildeter Mann, wo möglich ein königl. Beamter von 2jähriger Dienstzeit und Verminderung der Steuern spricht. Sie sind träge, zahlen nicht gern, geschmuggelt wird in allen Fällen, namentlich vom weiblichen Geschlecht. Ich schließe daraus, daß die Steuern nicht aus Patriotismus, sondern aus Zwang gezahlt werden. Dem Candidaten, der den Wählern sagt: ihr werdet abscheulich getäuscht, man kommt mit der 2jähr. Dienstzeit und viel wenigeren Steuern aus, so leuchtet ihnen das ein und sie sagen: der Mann spricht klug, wir wollen es mit ihm versuchen. Gelingt es ihm nicht, sein Programm durchzusetzen, so sagt er: diesmal ist es mir nicht gelungen, aber die 2jährige Dienstzeit sollt und müßt ihr haben. Daß das Land nicht zu Schaden komme, dafür bürgt den Leuten die Weisheit des Königs, in die sie ihr Vertrauen setzen und mit Recht setzen. Die alte Tradition ist eben noch stärker als die Gewöhnung an die Verfassung.

Aber ich kann nicht leugnen, daß es mich mit peinlichem Eindruck erfüllt, wenn ich sehe, daß einer großen nationalen Frage gegenüber, die die öffentliche Meinung seit 20 Jahren beschäftigt, die Versammlung, die in Europa als die Concentration der Intelligenz und des Patriotismus dieses Landes gilt, sich zu keiner anderen Haltung als der einer competenten Negation erheben kann. Es ist das nicht die Waffe, mit der Sie dem Königthum das Scepter aus der Hand winden werden (Unterbrechung), auch nicht einmal das Mittel, unseren constitutionellen Einrichtungen die Ausbildung und Festigkeit zu geben, deren sie bedürfen. (Lauter Beifall rechts, starkes Zischen links.)

Abg. v. Vincke (für die Vorlage) ist gänzlich unverständlich.

Abg. v. Benda (gegen die Vorlage): Für die Bewilligung der Anleihen fehlten alle Bedingungen. Es sei weder Gefahr im Verzuge, noch lägen positive Anlagen für die Verwendung der Anleihe vor. Das Budget reiche aus, um die Zwecke der Regierung zu erreichen.

Abg. v. Mitschke-Collande (für die Vorlage): Das Haus habe für die Flotte schöne Worte, aber kein Geld. Es wird der Mehrheit nicht lange mehr gelingen, das Volk zu täuschen. (Lärm. Zur Ordnung.)

Vice-Präsident: Der Ausdruck war nicht parlamentarisch.

Abg. Harkort (gegen die Vorlage) für das Ordinarium im Budget. Der Redner ist total unverständlich.

Abg. Gr. Wartensleben (für die Vorlage): Wenn man sie ablehne, würde durch Europa ein Schrei über das Haus ergehen. Man werde das Budgetrecht durch Annahme eher als durch Ablehnung erlangen; denn durch Großmuth werde man Sieger. (Heiterkeit.)

Die Debatte wird vertagt.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr. (T.-O. Forts. der heutigen und die gumbinner Petition.)

O. C. [Die Budget-Commission] hat gestern den Antrag der Regierung, betreffend die Kriegskosten (Verwendungen der Verwaltungsüberschüsse, Entnahme aus dem Staatsschatz 2c.) nicht genehmigt, sondern einstimmig die Zustimmung zu der erfolgten Kosten-Aufstellung versagt.

---

**Berlin,** 1. Juni. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Obersten Freiherrn v. Schleinitz, Commandanten von Stralsund, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe, dem Seconde-Lieutenant Rabes, Führer der Straf-Abtheilung in Erfurt, und dem Proviantmeister, Rechnungsrath Moritz zu Torgau, den rothen Adler-Orden vierter Klasse, sowie dem Küster und Schullehrer Knebler zu Retzin im Kreise Belgard das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen. (St.-A.)

[Die Reise des Generals v. Manteuffel] nach Wien ist mit Rücksicht auf die bevorstehende persönliche Zusammenkunft Sr. Majestät des Königs mit dem Kaiser Franz Joseph ausgesetzt worden.

[Der Großherzog von Oldenburg.] Die „B.- u. H.-Z." schreibt: Wie wir erfahren, wird der Großherzog von Oldenburg auch dem Kaiser von Oesterreich einen Besuch machen, um seinem Protest gegen ein augustenburgisches Arrangement in der Herzogthümerfrage durch das Gewicht seiner eigenen Person Nachdruck zu geben. Daß aber dieser Besuch, wie eine unserer wiener Correspondenzen heute verlautet, in Wien selbst stattfinden werde, hören wir hier als nicht wahrscheinlich bezeichnen. Muthmaßlich wird eine persönliche Begegnung des Großherzogs mit dem Kaiser Franz Joseph im Laufe des Monats Juni in einem der Kurorte stattfinden, welchen der Besuch des österreichischen Kaisers zugedacht ist. Es ist nicht unmöglich, daß der Großherzog für seinen Besuch die Zeit wählt, zu welcher der Kaiser mit unserem Könige zusammentrifft.

[Gen. Herwarth v. Bittenfeld.] Anderweitig gegebene Nachrichten bestätigend, meldet auch die „Kobl. Z.", die hierin für wohlunterrichtet gelten darf, die Frage der Neubesetzung des Commando's über das 8. Armeecorps sei nunmehr dahin entschieden, daß der Gen. der Infanterie, Herwarth von Bittenfeld, gegenwärtig noch Commandirender in den Elbherzogthümern, an Stelle des verstorbenen Generals von Bonin zu treten berufen ist.

Das Plenum des Obertribunals hat in diesen Tagen den früheren Beschluß der ersten Abtheilung des Criminalsenats aufgehoben, welcher dahin gegangen war, daß der Redacteur eines cautionspflichtigen Blattes, um nicht als Urheber oder Theilnehmer strafbar zu sein, die Nichtkenntniß des betreffenden Artikels nachweisen müsse.

## Deutschland.

**Mainz,** 30. Mai. [Gerichtliche Untersuchungen.] Wie die „M. Z." mittheilt, ist gegen eine Anzahl Redner, welche während der Carnevalszeit in der Gesellschaft Narrhalla Reden gehalten haben, eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden, in der eine Masse von Zeugen verhört wurde. Die Vernehmung der letzteren ist beendigt und wurden am vorigen Sonnabend die drei Uebelthäter vernommen. Es sind die Herren Herf, Kötter und Vogel. Ersterer soll in einem Witze über den frankfurter Fürstentag die deutschen Fürsten, der Zweite den Kurfürsten von Hessen beleidigt haben, und der dritte Sünder ist, wie es scheint, in dem Verdachte, im Cölibate eine Einrichtung der katholischen Kirche verspottet zu haben.

**Karlsruhe,** 27. Mai. [Der erzbischöfliche Commissar], welcher zur Einleitung von Verhandlungen mit der Regierung wegen der Schulangelegenheit hierher gesandt war, ist dem „Schw. M." zufolge von hier wieder abgereist. Wie man hört, ist für's erste das Ziel einer Verständigung nicht erreicht, ja es scheint sogar der Gegensatz der einander gegenüberstehenden Auffassungsweise durch die Besprechungen sehr bestimmt hervorgetreten zu sein. Bekanntlich verlangt die Curie das Recht der Mitwirkung bei Besetzung der obersten Schulbehörde; ein Verlangen, dem die Regierung nicht zustimmen kann und wird. — Dem Vernehmen nach hat die zur Revision der akademischen Gesetze seit langerer Zeit bestehende Specialcommission ihre Aufgabe im Sinne der Aufhebung der bestehenden akademischen Gerichtsbarkeit vollendet, so daß über diesen Gegenstand ohne Zweifel auch die höhere Entschließung baldigst erfolgen kann.

**Kiel,** 31. Mai. [Marine.] Am gestrigen Tage wehte hier ein so heftiger Sturm aus Südwest, daß nicht allein Dächer abgedeckt und Bäume aus der Erde gerissen wurden, sondern sogar die im Hafen liegenden Kriegsschiffe genöthigt waren, von ihren Masten die obersten Stengen und Raaen abzunehmen. Da die Corvetten „Augusta" und „Nymphe" ins Treiben kamen, machten dieselben zu ihrer Sicherheit Dampf auf. Erst spät Abends legte sich der Sturm. — Dem Vernehmen nach hat die preußische Regierung einen fast unmittelbar am Hafen und in der Nähe des Schlosses belegenen großen Bauplatz für einen mäßigen Preis käuflich erworben, um daselbst ein großartiges Marinestationsgebäude aufzuführen. Die Kosten für die in der Seeveste Friedrichsort vorzunehmenden Reparaturbauten sind auf 14,500 Thlr., der Neubau einer Wohnung für 2 Compagniechefs auf 5000 Thaler Pr. Cour. veranschlagt. (N. Pr. Z.)

## Frankreich.

**Marseille,** 30. Mai. Briefe aus Toulon melden, daß der Kaiser daselbst am 10. Juni erwartet wird. Während des größten Theils seines Aufenthaltes daselbst wird er am Bord des Aigle bleiben. Die Behörde werde an Bord eingeladen werden. Die Gesangvereine werden eine Serenade auf dem Wasser geben.

Man meldet aus Rom unter dem 28. d., Vegezzi habe dem Cardinal Antonelli schriftlich seine in der Kürze bevorstehende Rückkehr angezeigt.

Die römischen Journale sprechen von der Rede des Prinzen Napoleon, aber sie schweigen über die Flugschrift des Herrn de Persigny.

Der Cardinal Antonelli ließ einen Artikel des „Osservatore" unterdrücken, der auf diese Flugschrift antworten sollte.

## Rußland.

**Von der polnischen Grenze,** 29. Mai. [Der Steuerverein der polnischen Emigration] hat seinen Rechenschaftsbericht pro 1863 veröffentlicht. Danach betrug die Einnahme: an regelmäßigen Steuerbeiträgen 13,422 Frs., an einmaligen Opferspenden 2243 Frs., überhaupt 15,665 Frs. Ausgegeben wurden zur Unterhaltung der Institute der Emigration, Unterstützung bedürftiger Emigranten u. s. w. im Ganzen 11,542 Frs. Es blieb mithin ein Bestand von 4123 Frs. Von diesem wurden 3638 Frs. zum eisernen Fonds geschlagen, der bereits auf 12,000 Frs. angewachsen ist. Außerdem besitzt der Verein einen besonderen Fonds, in welchen die auf Zeitlebens zugesicherten oder sogenannten capitalisirten Steuerbeiträge fließen. Die Einnahme dieses Fonds betrug im Jahre 1863 2000 Franken. Der eiserne Fonds und die capitalisirten Steuerbeiträge bilden den sogenannten Nationalfonds, der zu Nationalzwecken bestimmt, und dessen Capital als Nationaleigenthum unantastbar ist. Zur größeren Sicherheit dieses Fonds ist ein Aufsichtsrath gebildet, der aus fünf die höchsten capitalisirten Steuerbeiträge zahlenden Mitgliedern besteht. Der Vorsitzende dieses Aufsichtsraths ist der General Wladislaw Zamojski, der Oheim des Fürsten Wladislaw Czartoryski. Die Mitgliederzahl des Vereins ist seit dem letzten Rechenschaftsbericht um 110 gewachsen, sie beträgt jetzt 885. — Aus der Interpellation des Abgeordneten Grocholski im wiener Reichsrath erfahren wir, daß Rußland von Neuem zahlreiche Truppen gegen die galizische Grenze marschiren läßt, um sein Gebiet gegen den befürchteten Einfall polnischer Insurgenten zu schützen. Auch längs der preußischen Grenze werden derartige Sicherheits-Maßregeln getroffen, die auf die Befürchtung eines Einfalles von Insurgentenhaufen schießen lassen. Die Wälder unweit der Grenze werden hier und da durch Aushauen gelichtet, im Augustowschen sogar Bauernwachen angeordnet und mit Stroh umwundene und mit Pech überzogene Signalpfähle aufgestellt, welche bei der Annäherung von Insurgentenhaufen angezündet werden sollen. (Ostf. Z.)

## Osmanisches Reich.

**Bukarest,** 29 Mai. [Zettelbank.] Der Staatsrath hat beschlossen, daß Herrn Adolf Herz, welcher als Vertreter mehrerer londoner und pariser Bankhäuser seit einem Jahre hier verweilte, die Concession zur Errichtung einer Zettelbank in Bukarest ertheilt werde.

## Amerika.

**Washington,** 12. Mai. [Das Prozeßverfahren gegen die Verschworenen] in dem furchtbaren Trauerspiele vom 14. April hat vor drei Tagen begonnen. Es wird vor einem Militärgerichte, bestehend aus drei Generalmajoren, fünf Brigadieren, einem Oberst und einem Oberstlieutenant, und unter dem Vorsitze des General-Advokaten Holt geführt. Diese militärische Zusammensetzung des Hofes ist auf Vorschlag des Attorneygenerals in einem vom 1. Mai datirten Decrete des Präsidenten Johnson anbefohlen worden, weil Lincoln der Sachlage und dem Rechte nach oberster Befehls-

haber der Land- und Seemacht der Republik war, und das Verbrechen in einer mit einer Garnison belegten Stadt erfolgte. Bis zum letzten Moment verlautete es, daß die Untersuchung werde öffentlich geführt werden. Schließlich machte jedoch die Regierung bekannt, daß der Hof bei geschlossenen Thüren seine Sitzung halten werde, damit erstens die zahlreichen zu vernehmenden Zeugen — es sind deren über dreihundert — durch die Oeffentlichkeit der Verhandlungen von den Aussagen der übrigen Zeugen nicht in Kenntniß gesetzt werden, und dann, damit nicht das Gericht durch vorzeitige Enthüllung wichtiger Thatsachen um die kostbarsten Aufklärungen gebracht werde. (Neueren Nachrichten zufolge werden die Berichterstatter von Zeitungen zu den Verhandlungen zugelassen. D. R.) Der Saal, in welchem die Verhandlungen geführt werden, ist im ersten Stocke des alten, jetzt einen Theil des Arsenals bildenden Strafhause gelegen, faßt kaum 300 Personen, ist einfach geweißt, und erhält sein Licht durch vier vergitterte Fenster. Die ganze Einrichtung desselben besteht aus einem Tische für die Richter, den Tischen für die von der Regierung zur Aufnahme der Verhandlung aufgestellten Stenographen, aus ein Paar aus Tannenholz gezimmerten Bänken und drei oder vier Stühlen. Die Angeklagten werden nach Abtheilungen verhört. Die erste dieser Abtheilungen umfaßt David E. Harold, George A. Atzerot, Lewis Payne, Michael O'Longhlin, Edward Shangler, Samuel Arnold, Mary E. Surrat und Samuel A. Mudd. Das Verhör Payne's, jenes Mannes, der fünf bis sechs Personen im Hause Seward's verwundet hat, ist beendigt. Payne ist eine rohe Mördernatur ohne jede geistige Anlage. Man bot ihm einen Haufen Gold, damit er Seward ermorde, und er hat den Antrag angenommen. Sein Streich ist ihm mißlungen. Das ist Alles, was aus ihm herauszubringen war, und wahrscheinlich auch, was er weiß. Einige der Angeklagten haben sich Vertheidiger gewählt, so unter andern die Frau Surrat den Advokaten Reverdy Johnson. Diese Frau Surrat ist eine düstere, ja furchtbare Erscheinung; groß und robust gebaut, mit einer scharf ausgeprägten Gesichtsbildung, die Haare von einem matten Blond, die Augen grau, den Blick fest, trägt sie ihre Kette mit der Kugel an den Füßen mit mehr Muth und Energie, als alle ihre männlichen Complicen. Sie ist es, welche mit Booth das ganze Complot ausgedacht und arrangirt hat, sie ist es, welche die Helfershelfer gefunden und gedungen und am Tage des Verbrechens jedem seine Rolle angewiesen hat. Ihr Sohn, in das Complot eingeweiht, ist entflohen, während sie Washington nicht verließ, obwohl sie erst 4 oder 5 Tage nach dem Verbrechen verhaftet wurde. Von ihren mit ihr verhafteten beiden Töchtern ist die ältere, Anni, vor Kränkung gestorben. Die übrigen Angeklagten sind in einem Zustande vollständigster Muthlosigkeit. Jeden Augenblick befürchten sie von dem aufgeregten Volke, welches in Massen das Strafhaus umlagert, in Stücke gerissen zu werden, trotz des zu ihrer Bewachung beorderten Regiments Soldaten. Man erzählt übrigens, daß Harold und Arnold umfassende, und Jefferson Davis, sowie andere Persönlichkeiten sehr compromittirende Geständnisse gemacht haben sollen. Diese Geständnisse würde man eben den verschiedenen europäischen Regierungen mitgetheilt haben, um die Proklamation des Präsidenten Johnson, sowie ein allfälliges Auslieferungsbegehren zu begründen. Die Enthüllungen Arnold's sollen auch die Behörden auf die Spur aller Verschworenen gebracht haben. Nach diesen Enthüllungen war der ursprüngliche, vor einem Jahre gefaßte Plan ganz einfach der, sich Lincoln's zu bemächtigen und ihn so lange an einem versteckten Orte gefangen zu halten, bis er in die Auslieferung aller südlichen Gefangenen eingewilligt hätte. — Der Prozeß wird sicherlich drei oder vier Monate dauern; denn noch in dem gegenwärtigen Momente werden Tag für Tag neue Verhaftungen vorgenommen. Unter diesen Verhafteten befindet sich auch der Director des Ford-Theaters. Das Theater selbst befindet sich noch immer unter militärischer Bewachung und noch genau in demselben Zustande, in welchem es die durch die Ermordung Lincoln's entsetzte Menge verließ.

**Panama**, 29. April. [Ende des Generals Belzu.] Der „A. A. Z." wird geschrieben: Ein Schreiben aus Potosi vom 7. April giebt folgende Details über den letzten Revolutionsversuch und den Tod des Generals Belzu, schrecklichen Angedenkens. Dieser Halbindianer war bekanntlich schon vor 20 Jahren Präsident der Republik Bolivia, wo er eine solche Schreckensherrschaft übte, daß sämmtliche europäische Mächte sich veranlaßt fanden, jeden politischen Verkehr mit diesem Barbaren abzubrechen. Seitdem hat Belzu, der bald nach Peru, bald nach Chile sich flüchtete, nicht aufgehört, den unglücklichen Staat Bolivia mit Einfällen und Verschwörungen zu bedrohen, Am 22. März d. J. gelang es ihm, mit einem Haufen von Raubgesindel und Abenteurern, meist Indianer oder Cholos, sich der Stadt La Paz (die größte Stadt der Republik, über 70,000 Einwohner, jedoch nicht der Sitz der Regierung, die sich in Oruro zu befinden scheint) zu bemächtigen. Er kündigte offen seine Absicht an, alle in Bolivia ansäßigen Ausländer aus dem Lande zu vertreiben, und hoffte damit den Fremdenhaß der Bolivier für sich auszubeuten. Präsident Melgarejo setzte sich sogleich mit allen verfügbaren Truppen gegen Belzu in Bewegung. Am 27. März wurde von ihm die Stadt La Paz nach einem verzweifelten Widerstand mit Sturm genommen. Belzu zog sich kämpfend in den Palast zurück, der gleichfalls gestürmt wurde. Im Augenblick, als Belzu aus dem Pulverdampf hervortrat, um sich dem Präsidenten zu ergeben, schoß ihm ein Soldat eine Kugel durch den Kopf. Ueber den Tod dieses Scheusals herrscht in Bolivia allgemeine Freude, besonders unter den Fremden. Nichtsdestoweniger müssen wir allen auswanderungslustigen Landsleuten abrathen, nach Bolivia zu ziehen, das eben so wie Columbia und Peru zu den zerrüttetsten und moralisch faulsten Staaten Südamerika's gehört.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Wien**, 1. Juni. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde gemäß dem Antrage des Ausschusses für die Steuerreform beschlossen, daß derselbe seine Thätigkeit auch nach dem Schlusse der diesjährigen Session fortzusetzen habe. — Die nächste Sitzung findet am 8. Juni statt.

**Paris**, 1. Juni. Die Journale enthalten eine Note, der zufolge es falsch ist, daß General Bourbaki mit 10,000 Mann Verstärkungstruppen nach Mexico abgeht.

Dem „Moniteur" zufolge ist der Aufstand der Bahors beendigt und haben sich die Stämme derselben wieder unterworfen.

Die „Patrie" meldet, daß der Kammer morgen der auf die Errichtung der großen algierischen Compagnie bezügliche Gesetzentwurf vorgelegt werden wird. Die betreffende Convention ist heute unterzeichnet. Die Gesellschaft verlegt ihren Sitz und ihre Kapitalien nach Algerien; sie schießt der Regierung zur Vollendung der in Afrika unternommenen Arbeiten 100 Mill. vor. Letztere gewährt der Gesellschaft eine Staatsgarantie von 6 pCt. und überläßt ihr unter gewissen Bedingungen die Ausbeute der Minen, welche sie etwa entdecken sollte.

# Provinzial-Zeitung.

**Breslau**, 2. Juni. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: zu Altscheitnig aus dem daselbst befindlichen Garten, genannt zur Kalkscheune, und zwar aus unverschlossener Bretterbude ein goldener Damenring, ein Schlauch von Guttapercha, eine schwarz und weiße und eine roth und weiße Fahne, eine eiserne Zange, ein Hammer, ein Bohrer und ein Stemmeisen; Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 71 ein grünseidener Regenschirm mit schwarzem Horngriff, letzterer mit einer weißen Figur von Elfenbein in Form einer Hand verziert; Klosterstraße Nr. 53 ein Mannsrock von dunklem Buckskin, in den Taschen desselben befanden sich eine braunlederne Brieftasche mit diversen Papieren, ein bunt kattunenes Taschentuch und ein brauner Zollstock; einem Landmanne von seinem Wagen, während derselbe Huben passirte von seinem ungekannten Begleiter, 33 Thaler baares Geld; Malergasse Nr. 3 ein neues Frauenhemde, ein rothkarrirter Deckbett-Ueberzug, zwei dergleichen Kopfkissen-Ueberzüge und ein grünwollener Regenschirm.

Verloren wurden: eine rothseidene Geldbörse mit circa dreiundfünfzig Thaler Inhalt, worunter eine Banknote von fünfzig Thaler; ein schwarzseidener Sonnenschirm.

Angekommen: Se. Durchlaucht Prinz Holstein-Augustenburg, Rittmeister à la suite, aus Berlin. (Anz.- u. Fr.-Bl.)

† **Glogau**, 1. Juni. [Preßprozeß.] Der bekannte Kohlendampfprozeß gegen die Redaction des hiesigen „Niederschlesischen Anzeigers" wurde gestern in zweiter Instanz auf dem Appellationsgericht verhandelt. Der Gerichtshof bestand aus den Appellat.-Ger.-Räthen Treblin, Vorsitzender, Porsch, v. Leipziger, Neese und Gerichtsassessor Bassin; die Staatsanwaltschaft war durch den Oberstaatsanwalt Ameke vertreten. Die in erster Instanz verurtheilten Flemming jun. und Michaelis waren in Assistenz des Justizrath Körte erschienen. Das Referat trug Appell.-Ger.-Rath Porsch vor, es zeichnete sich durch völlige Objectivität aus. Der Vertheidiger und die Angeklagten entnahmen aus demselben, daß die Staatsanwaltschaft erster Instanz eine Beantwortung der Appell.-Rechtfertigungsschrift eingereicht und in dieser Nova angeführt hatte, sie beantragten Aussetzung des Termins und Mittheilung jener Beantwortung. Auf Befragen modificirten sie ihren Antrag dahin, daß sie auf die Mittheilung der seitens der Staatsanwaltschaft erfolgten Beantwortung verzichten wollen, wenn der Gerichtshof auf dieselbe kein Gewicht zu legen erklärt.

Nach längerer Berathung erkannte der Gerichtshof, daß den Angeklagten die betreffende Beantwortung nicht zugestellt, vielmehr die Verhandlung des Prozesses fortgesetzt werden soll. Die Vertheidigungsrede des Justizraths Körte zeichnete sich durch juristische Schärfe und überzeugende Wahrheit aus; mit scharfem Messer secirte er das Erkenntniß erster Instanz, hielt den Gutachten der Militärärzte Leske und Rawitz die der berühmtesten Männer in der Medizin, und zwar der Professoren Maschka in Prag, Husemann in Göttingen und Treitz in Prag entgegen und protestirte, daß in der Person des Garnison-Auditeur Wunsch die preußische Militärgerichtsbarkeit beleidigt worden wäre. Er beantragte Freisprechung, event. Beweisaufnahme. Der Ober-Staatsanwalt Ameke erklärte, daß er in dem unter Anklage befindlichen Artikel in Nr. 126 des „Niederschl. Anzeigers" zwar eine Beleidigung finde, das angewandte Strafmaß aber ein viel zu hohes wäre und die Herabsetzung desselben befürworten müsse. Nach 6/4stündiger Berathung erkannte der Gerichtshof, daß das Erkenntniß erster Instanz dahin abzuändern ist, daß 1) die Angeklagten Michaelis und Flemming jun. von der Anklage des Vergehens der öffentlichen Verleumdung (§ 156 des Str.-G.-B.) und des Vergehens wider die öffentliche Ordnung (§ 101 des Str.-G.-B.) freizusprechen sind, dagegen 2) beide Angeklagte wegen einfacher öffentlicher Beleidigung der Lieutenants Krause und v. Richthofen nach § 152 des Str.-G.-B. zu bestrafen sind und zwar Michaelis mit 50 Thlr. und Flemming jun. mit 30 Thlr. Geldstrafe. Ueber die mitgetheilten Gründe der Entscheidung, sowie über die vom Vorsitzenden ausgesprochenen Ansichten über die Aufgabe der Presse werden wir später berichten!

4 **Görlitz**, 30. Mai. [Rechnungsrevisor. — Evangelisches Vereinshaus. — Pulverthurm. — Sängerfest. — Waterloofeier.] Oberamtmann Rostock hat die auf ihn gefallene Wahl zum Gehilfen der Rechnungsrevisionscommission für die Zeit vom 1. April 1866 angenommen, obwohl er in einem Schreiben an den Stadtverordnetenvorsteher einen längeren Termin verlangt hatte. Somit wird, wenn der Magistrat, wie man nicht bezweifelt, seine Zustimmung zur Auszahlung der Remuneration ertheilt, die Rechnungsrevisionscommission demnächst in Thätigkeit treten und damit die Stockung dieser wichtigen Geschäfte, von denen auch die Ertheilung der Decharge abhängt, beseitigt sein. Seit dem Beginn des Conflicts hat der Stadtverordnete Rostock der Rechnungsrevisionscommission keinen Vorbericht erstattet und diese ohne jedes Material ihre Arbeiten sistirt. Von dem Umfange der Arbeiten der Commission giebt es einen Begriff, wenn man hört, daß die Rechnungsbeläge eines Jahres durchschnittlich sich auf 70 bis 80,000 belaufen. Das würde also, wenn sich die sieben Mitglieder der Commission in die Arbeit theilten, immer für Jeden an 10,000 Belege ausmachen. — Das „Evangelische Vereinshaus" des Vereins für innere Mission und die Herberge zur Heimath sind am vergangenen Sonnabende feierlich eröffnet worden. Der Verein hatte dazu die Spitzen der Behörden eingeladen, doch war nur ein Theil derselben der Einladung gefolgt. Da die Ausstattung der Herberge noch immer nicht vollständig ist, hat der Verein vor Kurzem einen neuen Aufruf um milde Gaben ergeben lassen. — Vor einiger Zeit wurde unser Pulverhaus Nachts erbrochen und aus den Patronen des Jäger-Bataillons eine große Anzahl von Bleikugeln entwendet. Die Kosten der durch die dabei an der Thüre und dem Hause vorgekommenen Beschädigungen hat, wie man jetzt erst hört, die Commune zu tragen, obwohl sie für 20 Thlr. jährlich die Mitbenutzung des Pulverhauses dem Militär-Commando überlassen hat. — Am Sonnabend und Sonntag hat hier ein Sängerfest zu Ehren der in der Sängerwelt bekannten Herren Grassau aus Braunschweig und Müller von der Werra aus Leipzig, stattgefunden, das aus der näheren und weiteren Nachbarschaft zahlreiche Sangesbrüder herbeigezogen hatte. Obwohl die Politik nach dem Programm ausgeschlossen war, berührten doch bei dem Sängercommers in dem festlich decorirten Saale einige Redner das politische Gebiet, und namentlich hob der alte Grassau in schlichter, ansprechender Weise hervor, daß man außerhalb Preußen die Zuversicht darauf, daß Preußen an der Spitze Deutschlands seinen historischen Beruf erfüllen werde, keineswegs verloren habe, daß man in seinem freien Lande auf Preußen noch immer hinblicke voll festen Vertrauens. Man wisse ja, wenn es in Preußen anfange zu tagen, gebe für ganz Deutschland die Sonne auf. Gegenüber den Aeußerungen unserer nächsten Nachbarn, der Sachsen, deren Preußenhaß sich fast täglich kundgiebt, mußte ein solches Zeugniß einen sehr günstigen und ermuthigenden Eindruck machen. Das Blatt unserer Feudalen, die „Görlitzer Zeitung", meint freilich, daß die Sängerfeste der Neuzeit von den Culturhistorikern mit dem St. Veitstanz des Mittelalters verglichen werden würden. — Der hiesige Turnverein und dem Vernehmen nach auch der Handwerkerverein beabsichtigt eine Feier des Gedenktags der Schlacht bei Waterloo. Wenn der Tag einmal gefeiert sein muß, so wäre es am besten, man einigte sich zu einer gemeinsamen Feier.

S. **Strehlen**, 31. Mai. [Zur Tages-Chronik.] In diesen Tagen fand ein Abschiedsdiner zu Ehren des bisherigen Kreisgerichtsrath Herrn Molle statt, welcher als Kreisgerichts-Direktor nach Münsterberg versetzt ist. Herr Molle hat kaum 2 Jahre als Abtheilungs-Dirigent bei hiesigem Gericht fungirt; die Einwohnerschaft sieht ihn jedoch mit großem Bedauern scheiden. — Die Industrie macht auch in unserem Kreise immer größere Fortschritte. Zwei gewaltige Schornsteine in der Nähe der Stadt gehören zu den Mühlen-Etablissements der Müllermeister Hellwig und Dutke; außerdem werden noch zwei Mühlwerke durch Lokomobilen betrieben. Eine große Stärkefabrik ist in unmittelbarer Nähe der Stadt im Bau begriffen; das große Fabrikgebäude der Kattunweberei des Herrn Smolla in Hussinetz präsentirt sich dem Reisenden schon von fern in stattlicher Front; auch der stärkere Betrieb der Ziegeleien signalisirt einen frischen Aufschwung unserer Industrie, welche ihre neue Aera schon von den berühmten Etablissements in Prieborn und Ruppersdorf herdatirt. Genug, ein neues Leben fängt auch hier zu pulsiren an, schon werden die Vorbereitungen zur Errichtung einer Telegraphenstation getroffen, und bekommen wir erst einmal die Eisenbahn, dann wird unsere Gegend den industriellsten Schlesiens wenig nachstehen. — Die Saaten stehen vortrefflich; der Roggen wird im Stroh nicht die größte Ausbeute gewähren, der Körnerertrag verspricht aber das Beste. Von Raps sieht man sehr wenig, dagegen gedeihen die Rübenpflanzen durch die fruchtbaren Regen in den letzten Tagen sehr gut. Man sieht mit dieser Frucht ausgedehnte Ländereien, namentlich um Rothschloß, das bekanntlich aus der Pacht des Herrn Amtsraths Braune in die des Herrn Rittergutsbesitzers Rohde auf Heidersdorf übergegangen ist, bedeckt. Die eben genannte Pacht hatte sich in den Händen der Familie Braune wohl ein halbes Jahrhundert befunden; eben so hatte Herr Amtsrath Burow die Domaine Karschau eine lange Reihe von Jahren in Pacht. Auch letztere ist nun in andere Hände übergegangen, während die Domaine Grögersdorf dem Herrn v. Röhl verblieben ist. — Der hiesige Handwerkerverein ist schon seit einigen Jahren entschlafen. Die kleine Erbschaft, die er hinterlassen, hat in den letzten Tagen sein Andenken wachgerufen. Es handelte sich darum, wer sie übernehmen soll. Manche wollen sie dem zu gründenden Feuer-Rettungsverein, Andere der zu bildenden Vorschußkasse überweisen; eine General-Versammlung wird darüber entscheiden. — Diese Woche ist hier die belebteste im ganzen Jahre. Montag Viehmarkt, welchen auf dem Marktplatze mitten in der Stadt abgehalten zu sehen wir den besonderen Vorzug haben; dann Dinstag und Mittwoch Jahrmarkt mit ungeheurem Consum von Schnaps und Würstchen; Freitag Wollmarkt mit wenig Wolle und auch wenig Geschrei, denn die Stimmung der Händler, welche sonst schon Wochen vor dem breslauer Wollmarkte die hiesige Gegend bereisen, ist diesmal sehr flau, und endlich Sonnabend — große Kuchenbäckerei für das liebliche Pfingstfest, das den hiesigen Familien viele willkommene Gäste zuzuführen pflegt.

## Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

**Breslau**, 29. Mai. In einem Prozeß des Grafen H. wider den königl. Bergfiscus wurde seitens des Klägers die Rechtsbeständigkeit der durch königliche Cabinetsordres für den fiscalischen Bergbau in Oberschlesien ausgesprochenen Feldesreservationen angegriffen. Es hat diese Streitfrage eine zahlreiche Broschüren-Literatur veranlaßt, und haben sich die Herren Regierungsrath a. D. Frey, Geh. Bergrath Dr. Zerrenner und Berghauptmann a. D. v. Carnall gegen und Assessor P. Wachler für die Rechtsgiltigkeit des reservirten fiscalischen Bergwerkseigenthums ausgesprochen. Der Prozeß ist nun in allen zulässigen Instanzen entschieden. Das königliche Kreisgericht in Beuthen und das Appellationsgericht in Ratibor haben unter Anerkennung der Gesetzmäßigkeit der Feldesreservationen die klägerischen Ansprüche zurückgewiesen; so eben hat nun auch das königliche Ober-Tribunal die gegen die Erkenntnisse erster Instanz von dem Herrn Grafen H. eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde als unbegründet verworfen. Schon vor Beschreitung des Rechtsweges war die Streitfrage zur Contestation der Bergbehörden gekommen, welche ebenfalls die erfolgten Feldesreservationen für unzweifelhaft rechtsbeständig erklärt haben. Durch den übereinstimmenden Ausspruch der Bergbehörden, sowie der Gerichtshöfe aller Instanzen ist daher nunmehr die höchst wichtige Streitfrage dahin entschieden, daß nach preußischem Bergrecht der Bergregal-Inhaber für seinen eigenen Bergbau ohne vorgängigen Fund und ohne Muthung ein beliebig großes Feld in Anspruch nehmen und sich reserviren kann. (B. B.-Z.)

* **Breslau**, 1. Juni. [Zum Gesinderecht.] Die N. N. war angeklagt, ihrem Dienstherrn, der sie dienstwidrigen Verhaltens wegen zur Rede gestellt, die Mütze vom Kopfe geschlagen zu haben.

Der Polizei-Anwalt hatte beantragt, in Erwägung, daß der § 80 der Gesinde-Ordnung Vergehungen des Gesindes gegen die Herrschaft durch Gefängniß oder öffentliche Strafarbeit bestraft wissen will; daß auf Grund dieser Bestimmung durch Rescr. vom 17. April 1812 die Polizei-Behörden angewiesen sind, Beleidigungen des Gesindes gegen die Herrschaft bis zu 14 Tagen Gefängniß oder 5 Thl. Geldbuße zu ahnden; daß die Verordnung vom 3. Jan. 1849 sowohl wie das Einf.-Ges. vom 14. April 1851 hierin wesentlich nichts geändert, an die Stelle der Polizeibehörde vielmehr jetzt der Polizei-Richter getreten ist, — gegen die Angeklagte aus diesen Gründen sechs Tage Gefängniß zu erkennen.

Der Richter erster Instanz hat die Verfolgung der Angeklagten vor dem Polizei-Richter für unstatthaft erklärt, und der Richter zweiter Instanz den Rekurs des Pol.-Anwalts für unbegründet erachtet.

Der zweite Richter führt aus: Die Anklage supponirt „thätlichen Angriff und Schlagen" gegen den Dienstherrn. Hierin liegt das Vergehen der Mißhandlung (§ 187 St. G. B.) Zu dessen Bestrafung ist nicht der Polizei-Richter kompetent.

Mit Recht hat aber der erste Richter erwogen, daß insofern darin, daß die Angeklagte dem sie aus dem Zimmer führenden Dienstherrn die Mütze vom Kopfe geschlagen, eine symbolische Beleidigung (§ 343 St. G. B.) gefunden werden sollte, der Polizeianwalt nicht berufen ist, dieselbe zu rügen. Dem steht die Schlußbestimmung des Art. XVI. Abs. 2 des Einf. Ges. zum St. G. B. apodictisch entgegen. Wenn § 80 der Gesinde-Ordnung vom 8. November 1810 vorschreibt, daß Vergehungen des Gesindes gegen die Herrschaft mit Gefängniß oder öffentlicher Strafarbeit nach den Grundsätzen des Kriminalrechts gestraft werden müssen, so liegt hierin eben nicht eine selbstständige Strafsanction, sondern ein allgemeiner Hinweis auf das damals bestehende Strafrecht, an dessen Stelle das Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 getreten ist. Die in der Anklage in Bezug genommenen Publicanda vom 1. und 23. Mai 1812 (A. Bl. S. 195, 207) beziehen sich nur auf die Strafgewalt der Polizeibehörden bei verschiedenen Vergehungen in specie „Beleidigungen" des Gesindes gegen die Herrschaft.

Dieselben sind durch die neueren, die Competenz der Gerichts- und Polizeibehörden in Strafsachen regelnden Gesetze: Die Verordnung vom 3. Jan. 1849, das Einführungs-Gesetz zum St. G. B. vom 14. April 1851, die Ges. vom 3. und 14. Mai 1852 aufgehoben, resp. außer Kraft gesetzt, wie der erste Richter richtig angenommen hat. Nach diesen Gesetzen kann aber die einfache Beleidigung, auch wenn sie von Dienstboten gegen ein Mitglied der Dienstherrschaft verübt ist, von vornherein nur im Civilprozesse verfolgt und nur im Falle des Art. 6 des Gesetzes vom 3. Mai 1852, wenn der nach der ursprünglichen Anklage kompetente Richter des höher qualifizirten Strafakts eine solche (z. B. im Falle des § 102, 152, 156 St. G. B.) für vorliegend erachtet, auch im Strafverfahren geahndet werden. Dies setzt aber voraus, daß der Staatsanwalt wegen einer ursprünglich als Vergehen (oder Verbrechen) qualificirten That Anklage erhoben hat. Mit vollem Recht hat daher der Polizeirichter die vor ihm erhobene Rüge wegen Beleidigung für unstatthaft erklärt. Dafür, daß § 1 des Gesetzes vom 24. April 1854, aus welchem zu strafen der Polizeirichter allerdings befugt sein würde, im vorliegenden Falle anwendbar erschiene, fehlt es an der genügenden thatsächlichen Subpeditirung sowohl durch die Anklage, als durch die Beweisresultate.

*** **Breslau**, 31. Mai. [Zum Verkehr.] Durch Erkenntniß des hiesigen Appellations-Gerichts ist jetzt eine Principienfrage zur Entscheidung gebracht, die für den Verkehr nicht ohne Wichtigkeit ist. Der § 14 des Betriebs-Reglements einer hiesigen Eisenbahn lautet nämlich: „Die Frist, binnen welcher die von dem Versender verladenen Güter durch den Empfänger auszuladen und abzuholen sind, wird für die Ausladung auf 12 Stunden nach Gestellung des Wagens für die Ausladung 2c. bestimmt." Durch oben erwähntes Erkenntniß ist nun festgestellt, daß diese Frist erst von da an läuft, wo dem Empfänger die Gestellung des Wagens zur Abholung bekannt gemacht worden ist, und er daher von seiner Verpflichtung zur Abholung Kenntniß erhalten hat oder doch hätte erhalten können, nicht aber von dem Zeitpunkte ab, wo die Eisenbahn-Verwaltung den betreffenden Avisbrief zur Abholung der Waaren an den Empfänger zur Post gegeben hat. Die Nachtzeit wird hierbei nicht eingerechnet, vielmehr bleibt die Zeit von 7 Uhr Abends bis 7 Uhr Früh außer Berücksichtigung. — Ein Einwand der betreffenden Eisenbahn, daß das von derselben dieserhalb zu Unrecht von dem Waaren-Empfänger abgeforderte Standgeld nicht unter Protest gezahlt sei, wurde gleichfalls zurückgewiesen, indem darin eine widerrechtliche Abnöthigung der Zahlung liege im Sinne des § 207 Tit. 16 Th. 1. A. L. R.

## Meteorologische Beobachtungen.

| Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur. | Barometer. | Luft-Temperatur. | Windrichtung und Stärke. | Wetter. |
|---|---|---|---|---|
| Breslau, 1. Juni 10 U. Ab. | 332,85 | +11,6 | O. 1. | Uebermölkt. |
| 2. Juni 6 U. Mrg. | 332,90 | +9,6 | O. 1. | Sonnenblicke. |

**Breslau**, 2. Juni. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 1 Z. U.-P. 1 F. 7 Z.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Paris**, 1. Juni, Nachm. 3 Uhr. Die Börse, anfangs träge, kam in Folge der Herabsetzung des Disconts in eine günstigere Stimmung. Die 3proz. begann pr. Ende des Monats zu 67, 45, wich bis 67, 40 und schloß ziemlich fest zu diesem Course. Pr. Liquidation eröffnete die Rente zu 67, 25, fiel bis 67, 15, stieg auf 67, 30 und wurde schließlich zu 67, 22½ notirt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 90 gemeldet. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 40. Ital. 5proz. Rente 66, 60. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 433, 75. Credit-Mobilier-Aktien 778, 75. Lomb. Eisenbahn-Aktien 502, 50.

Nach dem heutigen Bankausweise haben sich vermehrt: der Baarvorrath um 4⅗, der Notenumlauf um 6⅗, das Guthaben des Schatzes um ⅔, die laufenden Rechnungen der Privaten um 12⅗ Mill. Fr. Dagegen hat sich vermindert: das Portefeuille um 1 Mill. Fr. Die Vorschüsse auf Werth-Papiere sind unverändert geblieben.

**London**, 1. Juni, Nachm. 3 Uhr. Schönes Wetter. Consols 89⅞. 1proz. Spanier 40¼. Sardinier 79. Mexikaner 24⅜. 5proz. Russen 91. Neue Russen 90½. Silber 60⅝. Türk. Consols 48½. 6proz. Ver. St.-Anl. pr. 1882 66¾.

**Wien**, 1. Juni, Nachmittags 2 Uhr. Fest. Schluß-Course: 5proz. Metall. 71, 25. 1854er Loose 87, 50. Bank-Aktien 800. Nordbahn 172, 80 excl. Div. Nat.-Anl. 75, 80. Credit-Aktien 183, 50. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 183, 80. Galizier 205, 80. London 108, 75. Hamburg 80, 60. Paris 43, 20. Böhm. Westbahn 166, 75. Credit-Loose 125, 75. 1860er Loose 92, 80. Lomb. Eisenbahn 215, 50. Neues Lotterie-Anl. —.

**Wien**, 1. Juni, Nachm. Bei der heute stattgehabten Ziehung der 1864er Loose kamen folgende Serien heraus: 161. 290. 1269. 1484. 3483. 3791. 3231. 3980. Haupttreffer fielen auf Nr. 24 der Serie 3791, Nr. 18, 44, 29 der Serie 161, Nr. 69, 80 der Serie 3231, Nr. 71, 42 der Serie 3231, Nr. 32 der Serie 161. Bei der Ziehung der alten Staatsschuld kamen die Serien 282 und 426 heraus.

**Frankfurt a. M.**, 1. Juni, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Die Börse matt. Nach Schluß geschäftslos. Schluß-Course: Wiener Wechsel 108¾. Finnländische Anleihe 86 B. Neue 4½prozent. Finnländische Pfandbriefe 85⅝. 6proz. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 71⅞. Oesterreich. Bank-Antheile 872. Oesterreich. Credit-Aktien 199. Darmst. Bank-Aktien 229. Oesterr.-Französ. Staats-Eisenbahn —. Oesterr. Elisabet-Bahn 122 B. Böhm. Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Bexbach 149¾. Hessische Ludwigsbahn 129 B. Darmst. Zettel-Bank 254 B. 1854er Loose 78¾. 1860er Loose 86½. 1864er Loose —. Oesterr. Nat.-Anl. 68⅞ B. 5proz. Metall. 64¼ B. 4½proz. Metall. 57 B.

**Hamburg**, 1. Juni, Nachm. 2½ Uhr. Börse sehr geschäftslos, flauer, besonders Amerikaner. Russ. Prämien-Anleihe 83⅜. Wetter schön, aber kühler. Schluß-Course: National-Anl. 69½. Oesterr. Credit-Aktien 84½. Oesterr. 1860er Loose 85⅛. Vereinsbank 106½. Norddeutsche Bank 116½.

Rheinische 114¼. Nordbahn 71¾. Finnl. Anl. 84⅜. 6proc. Ver. St.-Anl. pr. 1862 65⅜. Disconto 2½ %.

**Hamburg,** 1. Juni. [Getreidemarkt.] Weizen loco stille. Juni-Juli 5400 Pfd. netto 92 Bancothaler bez. u. Br., 91½ Gld., pr. Sept.-Okt. 100 Br., 99 Gld., matt. Roggen loco stille, pr. Juni-Juli 5100 Pfd. brutto 81½ Br., 81 Gld., pr. Sept.-Okt. 70½ bez., 71 Br., 70 Gld., fest. Ab Danzig pr. Septbr. 65½ bez., 66 offerirt, fest. Oel loco geschäftslos, per Okt. ruhig, 27⅞—28. Kaffee sehr ruhig. Die Riodepesche blieb ohne Einfluß. Zink 1000 Ctr. loco kurze Lieferung 14 3/16, 1000 Ctr. pr. Juli-August zu 14⅛.

**Liverpool,** 1. Juni, Nachm. 1 Uhr. [Baumwolle.] 25,000—30,000 Ballen Umsatz. Markt aufgeregt. Amerikanische 17, fair Dhollerah 11¾—12, middling fair Dhollerah 10½, middl. Dhollerah 9, Bengal 7, Pernam 16, Egyptische 16½.

**Berlin,** 1. Juni. Bei vorwaltender Festigkeit, die sich auf die verschiedenen Effectengattungen erstreckte, war doch der Verkehr nur in den sämmtlichen österr. Bahnactien umfangreich. Von diesen erholten sich Lombarden wieder etwas, Westbahn und Galizier verfolgten eine steigende Bewegung, und Franzosen erhielten sich nicht bis zum Schluß zu den gestrigen Coursen verkäuflich. Der wiener Vormittags-Verkehr wird als ziemlich fest bezeichnet, man telegraphirte: Credit 183. 70, National 76, London 108. 80, Loose 92. 70, Löschen 85. 30, Franzosen 184. 20, Galizier 204. 75. Oesterr. Credit war hier weniger belebt und ebenso wie manche der österr. Staatspapiere nicht voll preishaltend. Dagegen gab sich für russische Staatspapiere gute Kauflust zu erkennen, die auch in den Coursen mehrfach Erhöhungen zur Folge hatte. Unter den Eisenbahnen zeigten sich schwere Actien in recht fester Haltung, so daß, um mäßige Kaufordres auszuführen, für Potsdamer und Oberschlesische mehr angelegt werden mußte, und andere fehlten; auch Rhein-Nahe und Cos-ler profitirten ein wenig von der günstigen Haltung, während Mecklenburger und Nordbahn sich nicht vollständig zu behaupten vermochten. Bank- und Creditactien litten unter der Geschäftsstille, doch wurden einzelne, wie Darmstädter, preuß. Bankantheile, Disconto-Commandit-Antheile, besser bezahlt und von speculativer Seite noch von Genfern Mehreres genommen. Preuß. Fonds traten nicht hervor, doch hob sich der Cours für Staatsschuldscheine um ¼, während 5 pCt. und 4 pCt. Anleihe, freiwillige und Prämien-Anleihe ⅛ einbüßten. Wechsel waren matt und niedriger, der Platzdisconto etwas erhöht, man bewilligte 3—3¼ pCt. für feinste Briefe. (B.- u. H.-Z.)

## Berliner Börse vom 1. Juni 1865.

### Fonds- und Geld-Course.

| | Zf. | Cours |
|---|---|---|
| Freiw. Staats-Anl. | 4½ | 101¾ B. |
| Staats-Anl. von 1859 | 5 | 106 bz. |
| dito 1850, 52 | 4 | 98½ bz. |
| dito 1853 | 4 | 98½ bz. |
| dito 1854 | 4½ | 102 B. |
| dito 1855 | 4½ | 102 B. |
| dito 1856 | 4½ | 102 B. |
| dito 1857 | 4½ | 102 B. |
| dito 1858 | 4½ | 102 B. |
| dito 1864 | 4½ | 102 B. |
| Staats-Schuldscheine | 3½ | 90¾ bz. |
| Präm.-Anl. von 1855 | 3½ | 129¾ bz. |
| Berliner Stadt-Obl. | 4½ | 102½ bz. |
| Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk. | 3½ | 86½ G. |
| Pfandbriefe: Pommersche | 3½ | 85¾ bz. |
| Pfandbriefe: Posensche | 4 | — — — |
| Pfandbriefe: dito | 3½ | — — — |
| Pfandbriefe: dito neue | 4 | 95⅜ bz. |
| Pfandbriefe: Schlesische | 3½ | 91¼ bz. |
| Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk. | 4 | 97½ bz. |
| Rentenbriefe: Pommersche | 4 | 97½ bz. |
| Rentenbriefe: Posensche | 4 | 96⅜ G. |
| Rentenbriefe: Preussische | 4 | 97 bz. |
| Rentenbriefe: Westph. u. Rhein. | 4 | 97¾ G. |
| Rentenbriefe: Sächsische | 4 | 98⅞ bz. |
| Rentenbriefe: Schlesische | 4 | 98⅝ G. |

Louisd'or 111¼ bz. | Oest. Bkn. 93¾ bz.
Goldkronen 9. 9¾ G. | Poln. Bkn. — —

### Ausländische Fonds

| | Zf. | Cours |
|---|---|---|
| Oesterr. Metalliques | 5 | 66¼ B. |
| dito Nat.-Anl. | 5 | 70⅜ bz. |
| dito Lott.-A.v. 60 | 5 | 86½-¼ bz. u. G. |
| dito dito 64 | — | 53¾ B. |
| dito 54er Pr.-A. | 4 | 81 G. |
| dito Eisenb.-L. | — | 78 bz. u. G. |
| Ital. neue 5proc. Anl. | 5 | 65 B |
| Russ Engl. Anl. 1862 | 5 | 91½ bz. |
| dito Holl Anl. 1864 | 5 | 95⅛ bz. |
| dito Poln. Sch.-Obl. | 4 | 73¾ B. |
| Poln.-Pfandbr. III. Em. | 4 | 75 G. |
| Poln. Obl. à 500 Fl. | 4 | 90¾ etw. bz. |
| dito à 300 Fl. | 5 | 92¼ bz u. G. |
| Kurhess. 40 Thlr. Obl. | — | Verloosung |
| Baden. 35 Fl. Loose. | — | 30½ etw. bz. |
| Amerikan. St.-Anl. | 6 | 73 à 72¾ bz. |
| Schwed. 10Th Loose | — | — — |

### Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

| | Zf. | Cours |
|---|---|---|
| Berg.-Märkische | 4½ | 101¼ B. |
| dito II. | 4½ | 100½ B |
| dito IV. | 4½ | 100¼ B. |
| dito III. v. St. 3½ g. | 3½ | 82½ G. |
| Cöln-Minden | 4½ | 101¼ G. |
| dito II. | 5 | 103¾ G |
| dito | 4 | 94 G. |
| dito III. | 4 | 92⅝ bz. |
| dito | 4½ | 101 bz. |
| dito IV. | 4 | 92½ bz. |
| Cos.-Oderb. (Wilh.) | 4 | 90 B. |
| dito III. Em. | 4½ | 96 B |
| Galiz. Ludwigsb. | 5 | 88⅜ bz. |
| Niederschl.-Märk. | 4 | 96½ B. |
| dito conv. | 4 | 96½ B. |
| dito III. | 4 | 94½ B. |
| dito IV. | 4½ | 101 G. |
| Niederschl. Zweigb. Litt. C. | 5 | 102¼ G. |
| Oberschles. A. | 4 | 96 G |
| dito B. | 3½ | 85½ B |
| dito C. | 4 | 95½ G. |
| dito D. | 4 | 95½ G. |
| dito E. | 3½ | 84 B. |
| dito F. | 4½ | 101½ G |
| Oest.-Franz. | 3 | 256 bz. |
| Oest. südl. St.-B. | 3 | 245 bz. |
| Rhein. v. St. gar. | 4½ | 101¼ G. |
| Rhein-Nahe-B. gar. | 4½ | 100⅛ bz. |

### Eisenbahn-Stamm-Actien.

| Dividende pro | 1863 | 1864 | Zf. | Cours |
|---|---|---|---|---|
| Aachen-Düsseld. | 3½ | 4 7/30 | 3½ | 101¼ G. |
| Aachen-Mastrich | — | — | 4 | 48⅞ bz. |
| Amsterd.-Rottd. | 6¼ | 6 19/20 | 4 | 122 bz. u. G |
| Berg.-Märkische | 6½ | 7½ | 4 | 135 G |
| Berlin-Anhalt | 9¾ | 11⅚ | 4 | 192½ B. |
| Berlin-Görlitz | — | — | 4 | 99¼ B. |
| dito St.-Prior. | — | — | 5 | 100¼ bz. |
| Berlin-Hamburg | 7¼ | 10 | 4 | 142½ bz. |
| Berl.-Potsd.-Mg. | 14 | 16 | 4 | 224 bz. |
| Berlin-Stettin | 8⅛ | 8⅛ | 4 | 135⅝ bz. G. |
| Böhm.-Westb. | 5 | 5 | 5 | 77½ etw. à 78¼ bz. |
| Breslau-Freib. | 7½ | 8⅔ | 4 | 142¼ G. |
| Cöln-Minden | 12 11/12 | — | 3½ | 225½ G. |
| Cosel-Oderberg | 1½ | ¾ | 4 | 61 bz. |
| dito St.-Prior. | — | — | 4½ | 87 B. |
| dito dito | — | — | 5 | 92 B. |
| Galiz. Ludwigsb. | 6 | — | 5 | 99 à 99¾ bz. |
| Ludwigsh.-Bexb. | 9 | 9⅕ | 4 | 149½ G. |
| Magd.-Halberst. | 22⅗ | 25 | 4 | 239 G. |
| Magdb.-Leipzig | 17 | 18¾ | 4 | 267 G. |
| Mainz-Ludwigsh. | 7 | 7½ | 4 | 129 G. |
| Mecklenburger | 2½ | 3½ | 4 | 82 bz. u. G. |
| Neisse-Brieger | 4⅓ | 4⅓ | 4 | 90 bz. |
| Niedrschl.-Märk. | 4 | 4 | 4 | 96½ B |
| Niederschl. Zwgb. | 2⅔ | 4 1/12 | 4 | 84 bz. |
| Nordb., Fr.-Wilh. | 3 7/12 | | 4 | 73¼ à 72¾ bz |
| Oberschles. A | 10½ | 10 | 3½ | 171 bz. |
| dito B. | 10½ | 10 | 3½ | 151½ G. |
| dito C. | 10½ | 10 | 3½ | 171 bz |
| Oestr.-Fr. St. B. | 5 | — | 5 | 114½ à ¾ à ¼ bz. |
| Oest. südl. St.-B. | 8 | 8 | 5 | 135 Anf 134¼, ½ bz. |
| Oppeln-Tarn | 2½ | 3¼ | 4 | 80¼ bz. |
| Rheinische | 6 | — | 4 | 115¾ bz. |
| dito Stamm-Pr. | 6 | — | 4 | 116¾ bz. |
| Rhein-Nahebahn | — | — | 4 | 29¾ bz. |
| Rhr. Crf. K. Gldb. | 5 | 6⅔ | 3½ | 163 bz. |
| Stargard-Posen | 4⅝ | 3½ | 3½ | 97¾ B. |
| Thüringer | 7⅔ | 8 | 4 | 134¼ bz |
| Warschau-Wien | — | — | 5 | 69⅝ bz. |

### Bank- und Industrie-Papiere

| | 1863 | 1864 | Zf. | Cours |
|---|---|---|---|---|
| Berl. Kassen-V. | 8 | 7 1/10 | 4 | 130 G. |
| Braunschw. B. | — | — | 4 | 84 G. |
| Bremer Bank | 5⅘ | 7 3/10 | 4 | 116 B. |
| Danziger Bank | 6 | 7½ | 4 | 115¾ G. |
| Darmst. Zettelb. | 6 | 8 | 4 | 101⅛ G. |
| Geraer Bank | 7 | 8 | 4 | 106½ B. |
| Gothaer „ | 6⅓ | 7 | 4 | 101⅛ G. |
| Hannoversche B. | 5⅘ | 5⅔ | 4 | 97 B. |
| Hamb. Nordd. B. | 6⅜ | 7⅝ | 4 | 116 B. |
| „ Vereins-B. | 6 13/32 | 7 21/32 | 4 | 106 G. |
| Königsberger B. | 5⅘ | 6¾ | 4 | 111 G |
| Luxemburger B. | 9 | 4 | 4 | 85 G |
| Magdeburger B. | 4½ | 5 9/10 | 4 | 102 bz u. B. |
| Posener Bank | 5 8/15 | 7 | 4 | 101 B. |
| Preuss. Bank-A. | 7 37/40 | 10 19/20 | 4½ | 145¾ bz. |
| Thüringer Bank | 4 | 4 | 4 | 77 B |
| Weimar „ | 5½ | 7 | 4 | 101 B. |
| Berl. Hand.-Ges. | 8 | 8 | 4 | 111¼ B. |
| Coburg. Credb.-A. | 7 | 8 | 4 | 99 etw. bz. |
| Darmstädter „ | 5⅓ | 6 | 4 | 91¼ bz. |
| Dessauer „ | — | — | — | 3 p St. bz. B. |
| Disc.-Com.-Ant. | 6⅓ | — | 4 | 101⅞ bz. u. G. |
| Genfer Credb. A. | 1 | — | 4 | 41½ mehr bz. |
| Leipziger „ | 4 | — | 4 | 85¼ B. |
| Meininger „ | 7 | 7¼ | 4 | 101⅞ Kigkt. bz. |
| Moldauer Lds.-B. | 2⅓ | 2⅓ | 4 | 30¾ bz |
| Oesterr. Credb. A. | 6 | 5 | 5 | 85½ à 86 bz. |
| Schl. Bank-Ver. | 6 | 6½ | 4 | 110½ G. |
| Minerva | — | — | 5 | 35¼ G. |
| Fbr. v. Eisenbbfd. | 8 | 8½ | 5 | 118½ bz. |
| Schles. Feuerv. | — | 8 | 4 | — — — |

### Wechsel-Course.

| | | |
|---|---|---|
| Amsterdam 250 Fl. | 10 T. | 143⅞ bz. |
| dito dito | 2 M. | 143¼ bz. |
| Hamburg 300 Mk | 8 T. | 152 bz. |
| dito dito | 2 M. | 151¼ bz. |
| London 1 Lst. | 3 M. | 6. 23 bz. |
| Paris 300 Frcs. | 2 M. | 81 bz. |
| Wien 150 Fl. | 8 T. | 93½ bz. |
| dito dito | 2 M. | 92¾ bz |
| Augsburg 100 Fl. | 2 M. | 56 24 G |
| Leipzig 100 Thlr. | 8 T. | 99⅝ G. |
| dito dito | 2 M. | 99⅓ G |
| Frankfurt a. M. 100 Fl. | 2 M. | 56. 26 G |
| Petersburg 100 S.-R. | 3 W. | 88⅞ bz |
| dito dito | 3 M. | 88¼ bz. |
| Warschau 90 S.-R. | 8 T. | 80⅝ bz. |
| Bremen 100 Thlr. | 8 T. | 111¼ bz |

**Berlin,** 1. Juni. Weizen loco 45—62 Thl. nach Qualität. — — Roggen loco 80—81pfd. 38⅛ Thl. ab Kahn bez., 80—81pfd. 38¾ Thl. frei Mühle bez., schwimm. vor dem Kanal 1 Ladung 83—84pfd. 39¼ Thl. bez., pro Juni und Juni-Juli 38⅝—⅞ Thl. bez. und Br., ¾ Thl. Gld., Juli-Aug. 40—¼—⅛ Thl. bez., Aug.-Sept. 41⅛—⅜—¼ Thl. bez., Sept.-Okt. 42⅜—⅜—¼ Thl. bez. und Gld., ⅜ Thl. Br., Okt.-Nov. 42⅝—¾ Thl. bez. — Gerste, große und kleine 29—36 Thl. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 24—27½ Thl., warthebrucher 26 Thl., poln. 26⅛ Thl., pomm. 26¾ Thl., schles. 27 Thl. ab Bahn bez., Lieferung pr. Juni 25⅞—26 Thl. bez., Juni-Juli 25⅝—¾ Thl. bez., Juli-Aug. 25¼ Thl. bez., Aug.-Sept. 25¼ Thl. bez., Sept.-Okt. 24¾—⅞ Thl. bez., Okt.-Nov. 24¼—½ Thl. bez. — Erbsen, Kochwaare 52—57 Thl., Futterwaare 48—52 Thl. — Winterraps 105—109 Thl. gefordert. — Winterrübsen 104—108 Thl. dito. — Rüböl loco 13¼ Thl. Br., Juni und Juni-Juli 13 5/24—⅙ Thl. bez. und Gld., ¼ Thl. Br., Juli-Aug. 13 5/12—⅓ Thl. bez. und Gld., 5/12 Thl. Br., Aug.-Sept. 13½ Thl., Sept.-Okt. 13⅚—¾ Thl. bez., Okt.-Nov. 13⅞—⅚ Thl. bez. — Leinöl loco 12⅓ Thl. — Spiritus loco ohne Faß 14 11/24—5/12 Thl. bez., abgelaufene Anmeldungen 13 23/24 Thl. bez., Juni und Juni-Juli 13 23/24—14 1/12 Thl. bez. und Br., 14 Thl. Gld., Juli-Aug. 14 7/24—5/12 Thl. bez. und Br., ⅓ Thl. Gld., Aug.-Sept. 14⅝—17/24 Thl. bez., ¾ Thl. Br., ⅔ Thl. Gld., Sept.-Okt. 14⅚—11/12 Thl. bez., Br. und Gld., Okt.-Nov. 14¾—⅚ Thl. bez.

Weizen bei überwiegendem Angebot sehr flau und ohne Handel. Roggen auf Termine war in recht fester Haltung, doch kam zu Anfang diese Festigkeit nicht recht voll zur Geltung, da man vorerst schien abwarten zu wollen, wie viel gekündigt und wie die Anmeldungungen Aufnahme finden würden; nachdem dieselben jedoch besseres Unterkommen erfuhren, als man erwartet, griff eine nicht unerheblich rasch gesteigecte Richtung Platz, durch welche sich Course um ungefähr ⅜ Thl. höher stellten, als der gestrige Schluß es war. Zu Ende der Börse war die Stimmung gleichfalls eine ziemlich feste. In Waare am Orte nur kleiner Consumhandel, Benöthigte versorgten sich theilweise aus den Kündigungen, welche 46,000 Ctnr. betrugen. In Loco-Hafer schwerfälliger Verkauf. Termine bei besseren Preisen etwas mehr beachtet. Gek. 1800 Ctnr. Auf Rüböl wirkte die sehr flaue amsterdamer Depesche und die umfangreichen Kündigungen verflauend, doch wurde ziemlich lebhaft gehandelt. Der Schluß ist ein ganz wenig fester. Gek. 4900 Ctnr. Leinöl: Gek. 400 Ctnr. Spiritus behauptete sich, da die Speculation mit der Realisation heute parallel lief. Die Anmeldung wähnte man größer, als sich dieselbe einstellte, demungeachtet fanden die Scheine dennoch keine so sehr coulante Erledigung. Der Markt erhielt sich bis zum Schlusse in fester Haltung. Gek. 390,000 Quart.

**Stettin,** 1. Juni. Weizen niedriger, loco pr. 85pfd. gelber 50—57½ Thl., Anmeld. 57 Thl. bez. und Br., 56¾ Thl. Gld., Juni und Juni-Juli 57½—¼ Thl. bez. und Br., Juli-Aug. 58½—58—58½ Thl. bez. und Br., ¼ Thl. Gld., Aug.-Sept. 59 Thl. bez., Sept.-Okt. 60 Thl. bez., Br. und Gld. — Roggen niedriger, Schluß fester, pro 2000 Pfd. loco 38½—39½ Thl. bez., 84pfd. 41 Thl. bez., Juni und Juni-Juli 38—38¼ Thl. bez., 38 Thl. Gld., Juli-Aug. 39¼—39—39¼ Thl. bez. und Gld., Aug.-Sept. 40 Thl. Gld., Sept.-Okt. 41¾—⅞—½—⅝ Thl. bez. und Gld. — Gerste Oderbruch loco pr. 70pfd. 31½ Thl. bez. — Hafer 47—50pfd. Juni-Juli 27½ Thl. Br., — Rüböl matt, loco 13½ Thl. Br., Juni 13⅓ Thl. bez., Juni-Juli 13⅓ Thl. bez. und Br., Sept.-Okt. 13⅝ Thl. bez. und Gld., April-Mai 1866 14⅙ Thl. bez. — Spiritus matt, loco ohne Faß 15 5/12 Thl. bez., vom Lager 14½ Thl. bez., Juni und Juni-Juli 14 5/12—⅙ Tlr. bez., Juli-Aug. 14⅓ Thl. bez., Aug.-Sept 14 7/12 Thl. bez., Sept.-Okt. 14¾ Thl. bez. und Br.

# **Breslau,** 2. Juni. Wind: West. Wetter: angenehm, kühl. Thermometer Früh 11 Grad Wärme. Der Geschäftsverkehr blieb am heutigen Markte bei anhaltend flauer Stimmung sehr belanglos, Preise kaum behauptet.

Weizen schwer verkäuflich, pr. 84 Pfund weiße bruchfreie Waare 62—65 Sgr., wenig erbrochene 54—60 Sgr., erwachsene 50—52 Sgr., gelbe bruchfreie Waare 54—60 Sgr., wenig erbrochene 50 bis 56 Sgr., erwachsene 46—49 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen schwach beachtet, pr. 84 Pfd. 44—45 Sgr., feinste Sorte 46 Sgr. bezahlt. — Gerste flau, pr. 74 Pfd. weiße 37—38 Sgr., helle 32—34 Sgr., gelbe 30—31 Sgr. — Hafer genügend offerirt, pr. 50 Pfd. 27—29—30 Sgr. — Erbsen behauptet. — Wicken angeboten, 59—60—62 Sgr. — Oelsaaten ohne Umsatz. — Lupinen wenig zugeführt. — Schlesische Bohnen in feiner Waare sehr gesucht. — Schlaglein schwacher Umsatz. — Rapskuchen sehr gefragt, 58 bis 60 Sgr. pr. Ctr.

| | Sgr. pr. Schff. | | Sgr. pr. Schff. |
|---|---|---|---|
| Weißer Weizen, alter | 60—65—74 | Erbsen | 60—65—70 |
| „ „ neuer | 59—64 | Wicken | 58—60—61 |
| Gelber Weizen, alter | 60 64—69 | Lupinen | 45—60—75 |
| „ „ neuer | 55—60 | Bohnen | 70—80—92 |
| Erwachsener Weizen | 46—49—53 | | Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto. |
| Roggen | 44—45—46 | Schlag-Leinsaat | 160—180—190 |
| Gerste | 31—33—38 | Winter-Raps | — — — |
| Hafer | 26—29—31 | Winter-Rübsen | — — — |

Kleesaat ohne Frage, rothe ordinäre 16—19 Thlr., mittle 21—23 Thlr., feine 26—29 Thlr., hochfeine über Notiz bezahlt, — weiße ordinäre 11 bis 12½ Thlr., mittle 13½—15½ Thlr., feine 16½—18½ Thlr., hochfeine 20 Thlr. und darüber pr. Centner.

Thymothee schwacher Umsatz, 11—13 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 20—24 Sgr., Metze 1—1½ Sgr.

**Vor der Börse.**

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 13⅚ Thlr., Juni 13 7/12 Thlr., pr. Herbst 14 Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 13 11/12 Thlr., Juni 13⅓ Thlr., Herbst 14¼ Thlr.

## Sprechsaal.

Der Redaction geht nachstehendes Schreiben zu, dessen Veröffentlichung vielleicht zu Sammlung der gewünschten statistischen Notizen Veranlassung giebt. Das Schreiben lautet:

„Da dieses Jahr die Gewitter in Sachsen und Schlesien besonders viel Schaden anrichten, wäre es wohl im Interesse des Publikums, wenn öffentliche Blätter einmal einen statistischen Nachweis darüber brächten; und ich erlaube mir dabei auf folgende Punkte aufmerksam zu machen:

1) Wie viele Menschen in der Provinz Schlesien jährlich durch den Blitz getödtet werden?
2) Wie viele Menschen betäubt und verletzt werden?
3) Wie viel Vieh wird getödtet?
4) Wie vielemal es in Gebäude einschlägt?
5) Wie viele Brände dabei vorkommen?
6) Ob und wie oft? — es vorkommt, daß es trotz Blitzableiter in ein Gebäude schlägt?
7) Welche Ursachen bei solchen Fällen wirksam gewesen sind?
8) Ob der Blitz jedesmal Spuren im Ableiter hinterläßt?
9) Welche Ursachen es sind, wenn der Blitz vom Ableiter oder einem nahen Baume abspringt und in das Gebäude fährt; wobei es vorkommen soll, daß er schon die Erde berührt hat, und dennoch ins Parterre fährt?
10) Ob die Erfahrung besondere neuere Regeln beim Blitzableitersetzen aufstellt?
11) Werden mehr Menschen im Freien oder in Gebäuden getödtet?
12) Ob es gegründet ist, daß Thieren oft Gliedmaßen weggerissen werden, Menschen aber nicht?

Die statistische Arbeit in Ihren „patriotischen Briefen“ war so großartig, daß es Ihnen doch ein Leichtes sein wird, über vorliegendes Thema etwas Statistisches oder Belehrendes zu bringen, oder doch sichere jährliche statistische Nachrichten über den Blitzschlag wenigstens in Schlesien zu sammeln. Seifersdorf O.-L., den 31. Mai 1865.

H. Protze, Kretschambesitzer.“

[Gräfin Civry und Herzog Carl von Braunschweig.] Die „Ger.-Z.“ schreibt: Gewisse Prozesse haben das Vorrecht, zu einer traurigen Auszeichnung zu gelangen und Generationen hindurch zu spielen. Selbst das Grab versöhnt die Ueberlebenden nicht. Verrath gegen Liebe, Glanz gegen Elend, ein fürstlicher Verführer und ein gebrochenes Herz, eine verlorene Ehre, das ist ein Blatt aus der Geschichte der Menschenseele, auf dem wir nicht ohne tiefe Bewegung lesen. Der an ergreifenden psychologischen Momenten so reiche Prozeß der Gräfin Civry gegen den Herzog Carl von Braunschweig tritt nach zweijähriger Ruhe aufs Neue vor die Oeffentlichkeit. 1825 entführte der damals junge liebenswürdige Fürst die 16jährige, unschuldige, schöne Tochter des Admirals Colville von London nach Braunschweig. Er umgab sie mit fürstlichem Glanze, und glückliche Jahre der zärtlichsten Liebe sah man am Hofe von Braunschweig. Jubel herrschte im ganzen Lande, als nach einem Jahre Lady Colville eine Tochter — die jetzige Gräfin Civry — gebar. Seit dem Tage seiner Geburt wurde das Kind mit allem Glanze umgeben, der nur vom Throne ausstrahlen kann. Die Lieferanten der Krone schufen die wunderbarsten Kostbarkeiten für dasselbe. Der Hofwagenmacher verfertigte ein kleines Meisterwerk von Carosse. Bei der Taufe, welche mit großem Pompe vor sich ging, waren die Pathen des Kindes der regierende Fürst und der Herzog, sein Bruder (jetzige Souveran). Es erhielt die Namen Maria Elisabeth Wilhelmine von Este-Braunschweig. Um seine Wiege schaarte sich Alles, was der Hof Vornehmstes hatte, Aber mit dem Kinde war die Liebe des Fürsten zur Mutter dahin, die Knospe erbrochen und zertreten. Was kümmerte ihn das Glück des Herzens? Es fiel ihm ein zu reisen, an den Höfen Europa's frische Blumen zu pflücken, und traurige Zeiten verlebte die arme Lady, verlassen, im Schlosse von Braunschweig. Es wurde ihr klar, daß der Herzog niemals sein Wort, welches sie ihm blindlings geglaubt, sie zur legitimen Fürstin zu erheben, wahr machen werde. Sie sah sich betrogen und verließ heimlich Braunschweig mit Hinterlassung sämmtlicher Kostbarkeiten, nur ihr Kind und das Nöthigste an Geld und Kleidern nahm sie mit sich. Das ganze Land trauerte über ihre Abreise, die edle Frau war allgemein geliebt. Sie ging nach England, wo das einst so reizende, junge Mädchen, das von Glanz und Hoheit geblendet, durch ihre Unerfahrenheit der Täuschung Preis gegeben, einen kurzen Traum des Glückes mit einem langen Leben voll Leid, Elend und fruchtloser Reue büßte. Sie starb im Jahre 1841. Der Herzog versuchte das Kind wieder zu erlangen, und als ihm dies nicht gelang, entriß er es ihr. Er sorgte für die fürstliche Erziehung desselben erst in London, später in Paris. Die Aufsicht war dem Baron von Andlau anvertraut. Inzwischen verlor der Herzog Thron und Krone, und Elisabeth war 17 Jahr geworden, ein Bild vollendeter Schönheit, ausgezeichnet an Geist und Herz. Da fiel sie in die geheimen Netze der Pfaffen und vertauschte den Protestantismus mit der allein seligmachenden Kirche. Der Herzog ist wüthend, entzieht ihr Alles und verstößt sie für immer. Schutzlos und verlassen findet endlich Elisabeth Aufnahme bei der Gräfin Civry und heirathet 1847 deren Sohn. Ihr Trauschein nennt sie: Marie Elisabeth Wilhelmine von Este-Braunschweig, Gräfin von Colmar, älteste Tochter Sr. königl. Hoheit des Fürsten Carl Friedrich Wilhelm August von Este-Braunschweig, Herzog von Braunschweig-Lüneburg und der Lady Colville. Nach langen ehrerbietigen Bitten, nach Jahren voll Traurigkeit, Prüfungen und Unglücksfällen entschließt sich jetzt die Gräfin, ihre Rechte vor Gericht geltend zu machen. Wie ein Blitz zog der Schimmer der Macht über ihre Jugend dahin, und nach zwanzig Jahren einer grausamen und unverdienten Verlassenheit ist ihr nichts davon geblieben, als das Andenken an die Zärtlichkeiten, mit denen sie einst überhäuft wurde, nichts als der Trost einer ausgezeichneten Erziehung, der Muth einer edlen Seele im Unglück. Stände sie allein, so wäre sie zurückgetreten, aber sie ist die Gattin des Grafen Civry, die Mutter von acht Kindern. Das ist die Entschuldigung ihres Auftretens gegen den Herzog von Braunschweig, ihren Vater, dem sie so gern nur mit der äußersten Liebe und Verehrung genaht wäre. Und der Herzog? Keine edle That findet sich in seinem Lebensbuche, er weidet seine kalten Augen, seine ausgebrannte Seele an Diamanten und Edelsteinen, anstatt die echte Perle zum Troste für sein Alter zu besitzen, die sich seine Tochter nennt und unglücklich, hilfeflehend ihm die Arme entgegenstreckt, für sich und ihre Kinder um Unterstützung bittend. Im Juli 1863 theilten wir bereits alle Einzelnheiten des Prozesses mit, sowie die Entscheidung erster Instanz, welche von der Gräfin weitere Beweismittel verlangte. Dieselben sind heute beigebracht, bestehend in einigen hundert Briefen von hervorragenden Persönlichkeiten des Staates und der Kirche. Darunter an 100 vom Baron von Andlau an Elisabeth Wilhelmine, der er 17 Jahre zur Seite gestanden, sowie an deren Mutter, als sie geflohen war. Jeder seiner Briefe ist voll Achtung vor der legitimen Fürstin, voll Treue zu der unglücklichen Frau, und darum sind heute die Briefe falsch, wie der Vertheidiger des Herzogs in seiner scharfsinnig zugespitzten Rede behauptet. Er sagt ferner: „Elisabeth ist mit Empfehlungen von Bischöfen herumgereist, sie hat die höchsten Würdenträger der Kirche Englands und Deutschlands in ein geschicktes Complot gelockt und diese allgewalltige Armee ist aufgestanden für sie. In dieser Unternehmung der jetzt katholischen Frau gegen den protestantischen Vater scheint es wahrlich, als ob sie eine Revanche für ihr Lutherthum nehme. Alles, was sie zu fordern hätte, sind nur 20 Thaler jährlich! Denn es giebt etwas, das mehr zu achten ist, als das Elend und die Noth, die Grundsätze des Rechts. Es giebt etwas Heiligeres, als das Mitleid, die Gerechtigkeit.“ — Marie, der Vertheidiger der Gräfin Civry, entrollte noch einmal in glänzender, meisterhafter Rede ein tief ergreifendes Lebensbild der beiden unglücklichen Frauen. Der Gerichtshof wird in nächster Woche das Urtheil sprechen und werden wir es dann mittheilen.

**Gumbinnen,** 29. Mai. [Eine eigenthümliche Operation.] Schon seit längerer Zeit wurde hier ein merkwürdiger wundärztlicher Fall besprochen, der an das alte Lied erinnert: „Ich bin der Doctor Eisenbart, curir' die Leut' nach meiner Art!“ Lehrer Heilmeier in Grünbaum hatte am 17. September v. J., stark erhitzt, kaltes Wasser getrunken und sich dadurch eine entzündliche Halsaffection zugezogen, ohne dies zu wissen. Er nahm die Hilfe des Wundarztes in Anspruch. Dieser meinte, es müsse ein harter Gegenstand im Schlunde stecken, er holte einen Collegen aus Königsberg herbei, beide nahmen einen Speiseröhrenschnitt vor, und — rissen dem armen Dorfschulmeister vermittelst eines chirurgischen Instruments und mit vereinter Kraft, in dem Glauben, sie hätten einen im Halse steckenden fremden Gegenstand gepackt, den Schildknorpel aus der Gurgel heraus!

Zwei Tage darauf war der arme Dorfschulmeister todt. Dr. Korn aus Uderwangen erklärte vor der Operation die Diagnose jener Chirurgen für eine ganz falsche, und die Krankheit, was sie wirklich war, für eine entzündliche Halsaffection. Bei der vor dem Kreisgerichte verhandelten Sache trug die Staatsanwaltschaft auf dreimonatliche Gefängnißstrafe und fünfjährige Untersagung der ärztlichen Praxis gegen jeden der beiden angeklagten Wundärzte an. Das Gericht erster Instanz erkannte auf Freisprechung. Der Staatsanwalt soll die Appellation dagegen angemeldet haben.



Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.